keit mehr bestand, an der falschen, durch und durch revisionistischen Linie der KPÖ Kritik zu üben, ohne sogleich Opfer von Repressalien, Maßregelungen und Ausschlüssen zu werden. Der 1964 stattfindende 19.Parteitag der KPÖ bestätigte endgültig, daß diese Partei ihren Charakter als kommunistische, das heißt als marxistisch-leninistische Partei bereits längst verloren hatte, daß sie nicht nur in bezug auf ihre politische Linie, sondern in bezug auf ihr ganzes Wesen unwiderruflich revisionistisch entartet und verfault war.

Zwischen 1945/46 und 1963/64 liegen 18 Jahre. Wie sich der Charakter der KPÖ in dieser relativ langen Zeitspanne entwikkelte und veränderte - eben dazu gibt es noch keine gründlichen Untersuchungen vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus. Selbst ein so wichtiges und für die Beurteilung des Charakters der KPÖ so wesentliches Ereignis wie der Oktoberstreik 1950 bzw. die Haltung der KPÖ in diesem größten Klassenkampf der Geschichte der 2.österreichischen Republik bedarf noch einer marxistisch-leninistischen Analyse.

Und wie war es 1956, nach dem XX.Parteitag Chruschtschows, in der KPÖ? Hätte es damals noch Möglichkeiten gegeben, den revisionistischen Weg zu verlassen und die KPÖ auf eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Linie zu bringen? Wir können darauf nur antworten: w a h r s c h e i n l i c h n i c h t. Bekanntlich ist ein solcher Versuch damals nicht gemacht worden. Es gab damals zwar direkte und indirekte Kritiken an der Chruschtschow-Linie und sogar auch beschränkte Möglichkeiten, eine solche Kritik in Parteiversammlungen, zum Teil auch in der Parteipresse, zu äußern, doch für die revisionistische Parteiführung war das insoferne kein allzu großes Risiko, weil sich diese Kritiken selbst weitgehend im Rahmen revisionistischer Vorstellungen bewegten und daher außerstande waren, die revisionistischen Theorien und Praktiken von der Wurzel her und prinzipienfest aufs Korn zu nehmen. Im Grunde heißt das, daß sich die KPÖ als ausserstande erwiesen hatte, all die Jahre hindurch wirklich prinzipienfeste, konsequent marxistisch-leninistische Kader zu erziehen. Und das wieder ist ein Faktum, das sehr viel über den Charakter der KPÖ zu dieser Zeit und unmittelbar davor aussagt.

Unsere Partei ist sich bewußt, daß sie in bezug auf die gründliche Analyse der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung unseres Landes noch vor sehr großen Aufgaben steht. Daß sie diese noch nicht in größerem Umfang in Angriff genommen hat, liegt weniger an "Zeitmangel", "Arbeitsüberlastung" udgl., sondern vor allem daran, daß sie selbstverständlich nicht als fix und fertige marxistisch-leninistische Partei mit konsequent revolutionärer Linie und mit klaren kommunistischen Antworten auf alle sich ergebenden Fragen geboren wurde, sondern sich in einem langandauernden, von Widersprüchen und Rückschlägen nicht freien Entwicklungsprozeß befindet, der zwar eindeutig dieses Ziel hat, es aber nur Schritt für Schritt, in einem zähen Kampf und in harter Arbeit erreichen kann.

Was die Standpunkte, Auffassungen und politischen Perspektiven der KPÖ von 1945 und unmittelbar danach betrifft, bereitet die "Rote Fahne" gegenwärtig einen Artikel vor, der die politische Linie der KPÖ zu dieser Zeit als eindeutig revisionistisch nachweisen wird.

*

Eigentümer: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ).
Herausgeber, Verleger sowie für Druck und Inhalt verantwortlich: Franz Strobl.
Administration und Vertrieb: Erich Lasnicka. Alle: 1150 Wien, Goldschlagstraße 64

P.b.b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1150

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 188 1.Ausgabe 1981 Preis S 12,-

BEISPIEL POLEN

Lehren, Probleme, Perspektiven

Warum die Ereignisse in Polen ein solch großes Aufsehen erregt haben, hängt unmittelbar damit zusammen, daß es sich um ein angeblich sozialistisches Land handelt, ein Land des "realen Sozialismus", in dem eine katastrophale Wirtschaftskrise existiert und in dem es zu landesweiten Streiks und zur Bildung sogenannter "unabhängiger Gewerkschaften" kam.

In dieser Situation wird nicht wenig Demagogie betrieben. Kreisky tönte in einer Rundfunkerklärung, dies sei "ein die kommunistischen Regimes in Europa vernichtendes Ereignis". Der "Kurier" vom 23.August triumphierte: "Das kommunistische System funktioniert nicht, kann nicht funktionieren". E.Scharf drückte dagegen in der "Volksstimme" vom 21.August sein "Vertrauen" aus, "daß es den Kräften des Sozialismus auch in Polen gelingen wird, mit offenbar gewordenen Schwächen fertig zu werden und die Probleme zu lösen, die eine harmonischere Fortsetzung des sozialistischen Aufbaus behindern." Die Streiks

Aus dem Inhalt:

21 Gegen einseitige Sichtweisen der Ereignisse in Polen
27 Friedrich Engels - unversöhnlicher Kämpfer gegen den Opportunismus (Zu seinem 160.Geburtstag)
32 Berichte von antiimperialistischen Kampfaktionen in Innsbruck und Wien
35 Merkwürdige Schritte der albanischen Außenpolitik
39 Ohne umfassende Beweise ist eine fundierte Neueinschätzung der PAA unmöglich
41 Zur Einschätzung der KPÖ des Jahres 1945

seien "in einem sozialistischen Land gleichsam ein Unglücksfall", mehr noch, eine Gefährdung des Systems. Denn im Hintergrund stehen "antisozialistische Elemente", die nur eines im Sinn haben: "Der Sozialismus soll in Polen wieder abgeschafft werden" ("Volksstimme", vom 20.8.80) - als ob es den noch gäbe !

Gegen all diese Demagogen müssen wir unsererseits von vornherein entschieden klarstellen:

- Die Ereignisse in Polen sind tatsächlich eine Bankrotterklärung. Aber nicht eine Bankrotterklärung des Sozialismus und Kommunismus, des Marxismus-Leninismus, sondern eine solche des <u>Revisionismus</u>, welcher in der polnischen Partei nun schon seit Jahrzehnten dominiert und das Land immer tiefer in den Ruin geführt hat.
- Die breite Streikbewegung der polnischen Arbeiter offenbarte die <u>tiefe Fäulnis der dortigen Ordnung</u>, zeigt die ganze Schwäche und Morschheit des revisionistischen Regimes.

Die "antisozialistischen Elemente" in Polen brauchen den Sozialismus dort nicht mehr "abzuschaffen", wie die KPÖ-Revisionisten faseln. Denn d a s haben die Gesinnungsbrüder der KPÖ in Polen, die Gomulka, Gierek & Co. schon längst und sehr gründlich bewerkstelligt! Sie haben in Partei und Staat die Macht an sich gerissen und sämtliche sozialistischen Errungenschaften Polens restlos vernichtet und das Land wieder auf die alten Bahnen des Kapitalismus gebracht. Sowohl gegenüber der Propaganda der Großbourgeoisie von ÖVP bis SPÖ als auch gegenüber den Revisionisten von Breshnew bis herunter zu Scharf und Muhri muß mit aller Eindringlichkeit unterstrichen werden:

> Polen ist k e i n sozialistisches, sondern ein r e v i s i o n i s t i s c h e s Land, das bereits lange Zeit aller revolutionären Errungenschaften verlustig gegangen ist und in dem in Basis und Überbau schon längst eine neue Ausbeuterordnung restauriert worden ist, die eindeutig k a p i t a l i s t i s c h e Züge trägt.

Die zahlreichen und massenhaften Streiks der polnischen Arbeiter sowie ihr Bestreben, von den herrschenden Revisionisten, d.h. von den polnischen Kapitalisten "unabhängige" Gewerkschaften zu schaffen, sind Ausdruck dieser Realität und unwiderlegbarer Beweis dafür. Die Streiks in Polen sind kein "Betriebsunfall" des Sozialismus, sondern <u>unvermeidliche Folge der in Polen herrschenden Ausbeuterordnung</u>, der tiefen Spaltung der polnischen Gesellschaft in antagonistische, einander unversöhnlich gegenüberstehende Klassen.

Das Geschehen in Polen zeigt die unaufhaltsame <u>Gesetzmäßigkeit des Klassenkampfes</u>. Mag die Demagogie und die Unterdrückung noch so groß sein, weder Zuckerbrot noch Peitsche, weder Pfaffe noch Henker können verhindern, daß sich das Proletariat immer wieder zum Kampf gegen seine wirklichen Ausbeuter und Unterdrücker erheben wird, mögen sie sich "freiheitlich", "demokratisch" oder auch "sozialistisch" nennen wie hierzulande oder sich sogar in ein "marxistisch-leninistisches" Gewand kleiden wie in Polen !

POLEN - EIN KAPITALISTISCH-REVISIONISTISCHES LAND

oooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Heute wird dem Proletariat und dem ganzen arbeitenden Volk Polens das Fell doppelt und dreifach über die Ohren gezogen.

Erstens herrscht in Polen eine <u>neue Bourgeoisie</u>, die sich im Bunde mit den alten Kräften der polnischen Reaktion, vor allem der Kirche, von Schweiß und Blut des polnischen Volkes mästet.

Polen ist zweitens ökonomisch, politisch und militärisch von den <u>russischen Sozialimperialisten</u> abhängig. Die polnische Wirtschaft ist nahezu vollständig auf die "Bedürfnisse" der russischen Sozialimperialisten ausgerichtet und spielt im Rahmen der sogenannten "Arbeitsteilung" im RGW ("Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe"-COMECON) die Rolle eines billigen Zulieferanten für die russischen Oberherren. Politisch und militärisch schwingen innerhalb des Warschauer Pakts, dessen Mitglied Polen ebenfalls ist, die Sozialimperialisten den Taktstock und spielen sich hegemonistisch als "Garanten der Sicherheit Polens" auf.

Und drittens: Mehr als in jedem anderen Land des RGW und des Warschauer Pakts haben in Polen auch die <u>westlichen Imperialisten</u> starken ökonomischen und damit zunehmend auch politischen Einfluß. Die westdeutschen Imperialisten, die unverändert ihre alten revanchistischen Ziele verfolgen, stehen dabei als Außenhandels"partner" unter allen westlichen imperialistischen Mächten an <u>erster</u> Stelle. Mit Exporten in Höhe von 10,3 Mrd.Dollar allein im Jahre 1979 liegen sie weit vor den USA und Japan (7,4 bzw. 7,3 Mrd.Dollar). Aber auch die <u>österreichische</u> Bourgeoisie hat, nicht zuletzt unter Ausnutzung ihres "neutralen" Status, im polnischen Außenhandel eine wichtige Position erzielt. Auch sie zählt zu den Gläubigern Polens, d.h. auch sie ist an der Ausbeutung des polnischen Volkes nicht unwesentlich mitbeteiligt.

Polen hat eine <u>katastrophale Aussenhandels- und Zahlungsbilanz</u>, ist von allen RGW-Ländern mit Abstand am meisten verschuldet, d.h. es muß einen immer größe-

ren Teil seines Nationaleinkommens für Schuldzinsen und Kreditrückzahlungen aufwenden. Allein die Netto-Verschuldung Polens gegenüber den westlichen Imperialisten beträgt 19,6 Mrd. Dollar (über 300 Mrd.S) !

Aufgrund der in Polen herrschenden reaktionären Ausbeuterordnung und der Ausplünderung Polens insbesondere durch die russischen Sozialimperialisten, zunehmend aber auch durch die westlichen Imperialisten, ist seine Wirtschaft heute total zerrüttet und wird von immer neuen, typisch kapitalistischen Krisenerscheinungen geschüttelt. Fortgesetzte Preissteigerungen für Fleisch und sonstige Grundlebensmittel sowie die offensichtliche Unfähigkeit des Regimes, die Werktätigen auch nur mit den zum Leben notwendigsten Gütern zu versorgen, kennzeichnen die fortschreitende Verelendung der polnischen Massen, die in den letzten Jahren zum Teil erschreckende Ausmaße angenommen hat.

Wie die Ausbeuter in allen Ländern tun auch die auf dem Rücken des polnischen Volkes schmarotzenden Ausbeuter alles, um die Lasten der Krise auf die werktätigen Massen abzuwälzen. Während sie selbst ein durch und durch parasitäres, korruptes Leben führen und über jeden Luxus verfügen, leben die Arbeiter und anderen Werktätigen in oft erschütternder Armut, schuften sie für elende Löhne unter schlechtesten Arbeitsbedingungen und fast vollkommener politischer Entrechtung.

Dagegen haben sich die polnischen Arbeiter nicht erst 1980 zum Kampf erhoben, um ihre Lebensinteressen zu verteidigen.

HIER AUSBEUTER - DORT MENSCHENFREUND ?

Genau in den selben Tagen, in denen die Kreisky-Regierung im Parlament die neue Belastungslawine hat sanktionieren lassen, die dem arbeitenden österreichischen Volk eine spürbare Senkung der Reallöhne, vermehrte Arbeitslosigkeit und eine beträchtliche Verschlechterung der sozialen Bedingungen überhaupt bringen wird, hat dieselbe Regierung einen Kredit von 1,5 Milliarden S an Polen beschlossen, der als eine Art "Katastrophenhilfe" für das polnische Volk hingestellt wird.

Handelt es sich wirklich um eine hochherzige Unterstützung des tatsächlich unter sehr schwierigen Bedingungen lebenden und kämpfenden arbeitenden Volkes Polens? Sind dieselben Herrschaften, die dem werktätigen österreichischen Volk den Brotlaib höher hängen, zugleich selbstlose Wohltäter des polnischen? Nur ein Schwachsinniger könnte an eine solche Schizophrenie der österreichischen Bourgeoisie glauben. Ausbeuter sind und bleiben Ausbeuter, wo immer sie ihre Finger im Spiel haben, ob im "eigenen" Land oder in einem anderen.

Der österreichische 1,5-Milliarden-Kredit an Polen ist Ausdruck der immer engagierteren imperialistischen Politik der österreichischen Großbourgeoisie, überall in der Welt, wo es politische oder wirtschaftliche Krisen und Krisenherde gibt, und damit die Möglichkeit, neue Einflußsphären zu ergattern oder Profite zu machen, die das übliche Maß übersteigen, sofort ihren Fuß in die Tür zu stellen und mitzumischen -je mehr, desto lieber.

Die tiefe allseitige Krise, in der sich das polnische Revisionistenregime befindet, bietet Geschäftemachern und Profithyänen aller Sorten besondere Möglichkeiten und jeder von ihnen beeilt sich, die besten Happen zu ergattern. Genügt der Druck der Verhältnisse selbst nicht, geht es nicht mit Erpressung, so muß Korruption helfen. Wie selbst die österreichische Boulevardpresse schreibt, "entwickeln" sich österreichische Firmen auch im Ausland zu "echten Schmiergeldprofis" und arbeiten sie als solche insbesondere auch in Polen (vgl."Kronen-Zeitung" vom 17.10.1980).

Ob sie Chiles Pinochet oder den König von Marokko, die Reaktionäre Boliviens oder Saudi-Arabiens mit Waffen beliefern, ob sie das faschistische türkische Militärregime "sanieren" helfen oder Polen mit Monsterkrediten "unter die Arme greifen" - es sind lediglich verschiedene Ausdrucksformen ein- und derselben Politik, eben einer imperialistischen Politik, auch wenn Österreich keine imperialistische Großmacht ist.

DER WIDERSTAND DER POLNISCHEN ARBEITER 1970 UND 1976

1970 bereits kämpften die Arbeiter Szczecins, Gdansks und anderer Städte der polnischen Ostseeküste mit eindrucksvollen Streikbewegungen gegen Reallohnkürzungen und horrende Preissteigerung vor allem beim Fleisch. Damals demonstrierten sie ihren Haß gegen die verbürgerlichte Clique der Partei- und Staatsführung auf den Straßen. Mit der "Internationale" auf den Lippen zogen die Arbeiter damals zu den Amtsgebäuden der revisionistischen Partei- und Staatsführer und stellten ihre Forderungen.

Die polnischen Revisionisten reagierten 1970 mit sozialfaschistischem Terror. Selbst nach den Angaben, die G i e r e k am 7.2.71 in einer Rede machte, kamen damals nach Panzereinsätzen und mehrfachem Schußwaffengebrauch 45 Arbeiter ums Leben und wurden 1.165 Menschen zum Teil schwer verletzt.

Dennoch erreichten es die polnischen Arbeiter 1970, daß die Preiserhöhungen zurückgenommen wurden. Gomulka, dieser Erzrevisionist, der vor 1956 mit gutem Grund im Gefängnis saß, von den chruschtschow-revisionistischen Verrätern aber an die Spitze gestellt wurde, mußte wie-



der abserviert und durch den "unverbrauchten" Gierek ersetzt werden, der den Arbeitern alle möglichen Verbesserungen versprach.

1976 kam es erneut zu breiten Kampfbewegungen der polnischen Arbeiterklasse, diesmal mit dem Zentrum in Radom und dem Traktorenwerk Ursus. Dabei erinnerten die Arbeiter voll Erbitterung auch an die 1970 gemachten Versprechungen, die sich als leere Worte erwiesen hatten. Wieder reagierten die Revisionisten mit Zuckerbrot und Peitsche zugleich: Sie gingen blutig gegen die Arbeiter vor, ermordeten mehr als 20 von ihnen, zogen aber gleichzeitig einen Teil der angeordneten Preissteigerungen zurück.

DIE STREIKBEWEGUNG VON 1980

Am 1. Juli vorigen Jahres verteuerte die polnische Regierung in einem erneuten Anlauf die Fleischpreise um rund 40-60%, indem sie die Subventionen für das in den staatlichen Betrieben verkaufte Fleisch strich, um das immer katastrophaler werdende Budget-Defizit zu verringern.

Zum Zentrum der Streikbewegung gegen diese erneuten Angriffe auf den ohnehin so niedrigen Lebensstandard des arbeitenden Volkes entwickelte sich Gdansk, wo auf der Lenin-Werft schließlich 16.000 Arbeiter den Ausstand beschlossen. Ihre Forderungen waren zunächst höhere Löhne, Verbesserung der Lebensverhältnisse, größere soziale Sicherheiten usw. Zugleich wurde die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter verlangt.

Die Bewegung dehnte sich rasch aus. Im ganzen Land kam es zu einer allgemeinen Solidarisierungswelle. Streiks wurden in Lodz, Radom und vielen anderen Industrie- und Bergbauzentren ganz Polens durchgeführt. Insgesamt beteiligten sich zumindest 300.000 Arbeiter an diesen Streiks.

Die Streikbewegung beschränkte sich nicht lange auf ökonomische Forderungen. Sehr bald wurden auch massiv politische Forderungen erhoben, darunter vor allem die nach Zulassung "unabhängiger Gewerkschaften".

Dabei verlangten die Arbeiter als ein Mittel, um Hintergehungsmanöver der Revisionisten zu vereiteln, öffentliche Verhandlungsführung. Dieses unbedingte Bestehen auf öffentliche, durch Lautsprecher übertragene Verhandlungen zeigt auch, welche Wachsamkeit die polnischen Arbeiter selbst ihren eigenen Delegierten entgegenbringen. Zu oft wurden sie schon von denjenigen betrogen, die sich als ihre "Anwälte" und "Vertreter" ausgaben, es aber nicht waren.

Mit dem "Kompromiß von Gdansk" und der offiziellen Registrierung der "unabhängigen Gewerkschaften" haben die in Polen zum Ausbruch gekommenen tiefen gesellschaftlichen Widersprüche natürlich nicht ihre Lösung gefunden. Die polnischen Revisionisten haben die Bildung sogenannter "unabhängiger Gewerkschaften" hinnehmen müssen, während diese der PVAP ("Polnische Vereinigte Arbeiterpartei") gezwungenermaßen die "führende Rolle im Staat" in Worten bestätigten.

Daß die machthabenden polnischen Revisionisten bisher noch nicht wie 1970 und 1976 mit blutiger Gewalt gegen die Streiks der Arbeiter vorgegangen sind, erklärt sich sicherlich zum guten Teil aus der diesmal besonderen Breite der Streikfront, ihrer außerordentlichen Popularität und ihrer starken Tendenz, sich rasch weiter auszubreiten. Zugleich spekulieren die polnischen Machthaber jedoch auch mit der Tatsache, daß der Streikbewegung eine revolutionäre Führung fehlt und sich prowestliche und von der katholischen Kirche gelenkte Elemente wie Lech Walesa ihrer Führung bemächtigt haben, mit denen alle möglichen faulen Kompromisse gemacht werden können und die, wie sich zeigt, auch korrumpierbar sind. So setzte die revisionistische Partei- und Staatsführung vorerst auf Verhandlungen und sagte die Erfüllung einer Reihe von Forderungen der Streikenden und ihrer gegenwärtigen Führer zu, um Zeit und später nach Möglichkeit schrittweise wieder an Boden zu gewinnen.

Mit ihrer Taktik können die heutigen polnischen Machthaber tatsächlich Zeit gewinnen, aber sie können damit kein einziges wesentliches Problem wirklich lösen. Ganz im Gegenteil. Die Lage der Arbeiter und aller Werktätigen verschlechtert sich weiter. Inzwischen droht die Rationierung der Lebensmittel für die Werktätigen. Die polnischen Revisionisten müssen ins westliche imperialistische Ausland reisen, um in Washington, Paris, Bonn usw. um neue Kredite zu betteln*. Und so ist klar, daß die Zeit, die sie gewonnen haben und gewinnen, auch für ihre Widersacher arbeitet - möglicherweise vor allem für sie. Deswegen werden die jetzt eingegangenen Kompromisse bald durch künftige Entwicklungen überholt werden.

DER WIDERSPRÜCHLICHE CHARAKTER DER FORDERUNGEN UND BISHERIGEN ERGEBNISSE DER POLNISCHEN STREIKBEWEGUNG

Ein recht bezeichnendes Licht auf die gegenwärtige komplizierte Lage in Polen werfen die im Laufe des Kampfes erhobenen Forderungen der polnischen Arbeiter bzw. ihrer gegenwärtigen Führung, die von recht widersprüchlichem Charakter sind:

Einerseits gibt es eine Anzahl durchaus richtiger, vorwärtsweisender Forderungen, die den Interessen der Arbeiter entsprechen wie z.B. Streikrecht, "Anhebung des Grundlohns aller Arbeiter um 2000 Zloty" (unge-

*** Selbstverständlich geht es den polnischen Revisionisten dabei nicht einfach nur darum, ihre gegenwärtige Krise zu überbrücken und den rebellierenden Massen ein paar Brosamen hinwerfen zu können. Vielmehr sucht auch ein Teil der polnischen revisionistischen Führung sein Heil eher beim imperialistischen Westen als beim sozialimperialistischen Osten und baut zu diesem Zweck systematisch die wirtschaftlichen und politischen Brücken zum westlichen Imperialismus aus. (Anmkg. d. RF-Red.)**

fähr 900 S), "Herabsetzung des Rentenalters", "dreijähriger Mutterschaftsurlaub" usw.

Andererseits finden sich unter den erhobenen Forderungen auch solche, die ausgesprochen reaktionären Charakter tragen, den Interessen der Arbeiterklasse direkt Hohn sprechen, wie etwa die Forderung "Zugang der Kirche zu den Meinungsmedien".

In diesen widersprüchlichen Forderungen offenbart sich der tiefe innere Widerspruch, welcher die gegenwärtige Klassenkampfsituation in Polen kennzeichnet:

- Die Tatsache einer an der Basis echten proletarischen Klassenbewegung, die jedoch noch keine authentische Führung hervorzubringen vermocht hat, sodaß sie weitgehend unter der Führung prowestlicher, kirchlicher und anderer reaktionärer Kräfte steht, welche heute neben den polnischen Revisionisten die einzige nennenswerte organisierte Kraft in Polen darstellen.

Diese widersprüchliche, jedoch heute keineswegs ungewöhnliche, sondern auch für nicht wenige andere Länder kennzeichnende Lage äußert sich krass darin, daß die Arbeiter zwar teilweise wochenlang unter größten Entbehrungen gekämpft und dem revisionistischen Regime auch einige Zugeständnisse abgetrotzt haben, zugleich aber auf der Welle der Massenbewegung politische Kräfte in den Vordergrund kamen und gewaltig an Einfluß gewannen, die lediglich Konkurrenten der gegenwärtig herrschenden Ausbeuter sind, nämlich ihr westlich-kapitalistisches Gegenstück.

Die revisionistische polnische Führung bzw. die Führung durch die Statthalter der russischen Sozialimperialisten gegen eine Führung durch die Lech Walesas und andere prowestliche und provatikanische Demagogen einzutauschen, heißt wahrlich, den Teufel durch den Beelzebuben zu ersetzen!

Wer auch nur einen Funken revolutionären Verstandes hat, dem braucht man wohl nicht zu beweisen, daß die Arbeiterklasse ihrer Befreiung um keinen Flohsprung näherkommen kann, wenn die Kirche ihre Positionen festigt und ausbaut. Und was die in der polnischen Partei- und Staatsführung eingetretenen personellen Veränderungen betrifft, wurden ausnahmslos üble Revisionisten durch nicht minder üble ersetzt, die sich in den Augen der Massen aber noch nicht so diskreditiert haben. Oder nehmen wir das Beispiel des "überzeugten Katholiken" Jerzy Ozdowski, den die jüngsten Ereignisse auf den Sessel eines polnischen Vize-Ministerpräsidenten katapultiert haben. Steht er den Interessen der polnischen Arbeiterklasse auch nur um Haaresbreite näher als sein Vorgänger?

Auch der Ausverkauf Polens an ausländische Imperialisten aller Sorten wird durch immer weitere und noch höhere Anleihen noch hemmungsloser vorangetrieben, der Einfluß der westlichen Imperialisten hat weiter zugenommen.

"...DANN IST POLEN OFFEN"

Welche Blüten der Appetit zum Beispiel der westdeutschen Imperialisten, welche die größten westlichen Kreditgeber Polens sind, treibt, zeigt ein Artikel in der Springer-Zeitung "Welt am Sonntag" im August 1980. Unter dem hoffnungsvollen Titel "So hätten wir bald Pommern zurück" schreibt dort ein Vorkämpfer eines neuen "Großdeutschlands" zur Frage der "Sicherung" der westdeutschen Polen-Kredite, die kürzlich in der Höhe von weiteren 1,2 Milliarden DM beschlossen wurden:

"Warum lassen wir uns nicht überhaupt die polnischen Kredite dinglich sichern? Grundpfandrechte zum Beispiel ... Beim Fortgang der polnischen Wirtschaft hätten wir in spätestens 30 Jahren Pommern und Schlesien und auch ein Teilchen Ostpreußens ganz legal zurückgekauft." ("Welt am Sonntag" v.17. 8.1980)

Es würde uns nicht überraschen, wenn der Verfasser dieses Artikels als westdeutscher Anwärter auf den nächsten Friedens-Nobel-Preis vorgeschlagen würde.

DIE VERANTWORTUNG DER MODERNEN REVISIONISTEN
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo
FÜR DIE HEUTIGE LAGE IN POLEN
ooooooooooooooooooooooooooooooooooooooooo

Die illusionslose, unbeschönigte Feststellung dieser Tatsachen, so unerläßlich sie ist, will man sich und andere nicht belügen, darf jedoch nicht zu der falschen, direkt den Revisionisten helfenden, und im Grunde konterrevolutionären Schlußfolgerung führen, die Massenbewegung in Polen sei überhaupt nutzlos oder gar an sich reaktionär. Ebenso wäre es grundfalsch, anzunehmen, es müsse bei diesen Ergebnissen bleiben. Niemals lernen die Massen so viel und so schnell, wie in solchen Kämpfen. Die Walesa und Konsorten, welche gegenwärtig die Kommandohöhen der Bewegung besetzt halten, haben keinerlei Garantie, daß es auf Dauer so bleibt - und sie wissen es auch.

Wer die vorläufig höchst widerspruchsvollen Ergebnisse der jüngsten Massenbewegung in Polen zum Anlaß nimmt, diese Bewegung überhaupt abzulehnen, stellt sich auf die Seite der Revisionisten und beschimpft die streikenden Arbeiter als Werkzeuge der Reaktion.

Demgegenüber muß mit aller Entschiedenheit klargemacht und betont werden, wer die Hauptverantwortung dafür trägt, daß es Leuten wie Walesa gelingen konnte, sich der Führung einer breiten proletarischen Massenbewegung zu bemächtigen, sie zumindest vorläufig für die eigenen reaktionären Ziele zu mißbrauchen und die kämpfenden Arbeiter damit um die entscheidenden Früchte ihres Kampfes zu prellen.

Die Hauptschuld daran, wie an der ganzen katastrophalen Misere in einem einst auf dem Wege des sozialistischen Aufbaus befindlichen Land, tragen die modernen Revisionisten! Sie haben das ganze arbeitende polnische Volk um die Früchte seiner mit ungeheuren Opfern erkauften Befreiung vom hitlerfaschistischen Joch, seiner volksdemokratischen Revolution und seiner heroischen Arbeit am sozialistischen Aufbau gebracht, sie haben die Diktatur des Proletariats durch die revisionistische Diktatur über das Proletariat ersetzt und in allen Bereichen den Kapitalismus re-

stauriert. Sie haben die polnische Arbeiterklasse nicht nur ihrer zielklaren politischen und organisatorischen Führung beraubt, sondern den bewußten und organisierten revolutionären Kampf des Proletariats systematisch untergraben, zersetzt und ruiniert. Sie haben zahlreiche ehrliche Arbeiter und Werktätige so weit gebracht, daß ihnen die von den revisionistischen Verrätern millionenfach mißbrauchten Namen und Begriffe der revolutionären Arbeiterbewegung geradezu Mißtrauen und Abscheu einflößen und daß nicht wenige von ihnen schließlich bei den Kreaturen der westlichen Imperialisten und der römisch-katholischen Kirche noch eher ihre Interessen vertreten glauben als bei der herrschenden Revisionisten-Clique. Kann man die Schuld dafür den Arbeitern geben ?

Fast ein Vierteljahrhundert lang wurde in Polen jeder Versuch der Herausbildung einer wirklich revolutionären Führung mit faschistischer Gewalt unterdrückt und bereits im Keime zu ersticken versucht, während das Regime allen möglichen reaktionären, insbesondere klerikalen Organisationen, Gruppierungen und Strömungen ein Zugeständnis nach dem anderen machte. So ist eine Lage entstanden, in der den herrschenden Revisionisten als organisierte Kraft praktisch nur die prowestliche Konterrevolution gegenübersteht und es vorläufig noch relativ leicht hat, sich an die Spitze jeder sich gegen das revisionistische Regime entwickelnden spontanen Massenbewegung zu stellen, um diese in ihrem Sinne zu manipulieren.

Aber ist dies eine spezifisch polnische Erscheinung? Auch wenn sie im Falle Polens heute besonders krass zutage tritt, müssen wir antworten: leider nein !

Wie ist es denn im Iran, in Nicaragua, in Angola usw., wo die Volksmassen überall, zum Teil viele Jahre lang, heldenmütig bewaffnet gekämpft und Ströme ihres Blutes vergossen haben? Infolge des Verrats der modernen Revisionisten und des Fehlens einer starken marxistisch-leninistischen Führung konnten keine dauerhaften Kampferfolge errungen und mit revolutionärer Zielrichtung vorangetrieben werden. Antimarxistische und reaktionäre Elemente usurpierten die Führung, würgten die revolutionäre Entwicklung ab, warfen sich erneut den Imperialisten oder Sozialimperialisten in die Arme oder ersetzten die Vorherrschaft des einen Imperialismus durch die eines anderen.

Sprechen diese Beispiele etwa gegen die großen heldenhaften und opferreichen Kampfbewegungen in diesen Ländern? Ganz und gar nicht. Sie sind vielmehr eine ungeheuerliche Anklage gegen den Verrat der Revisionisten, welcher die gesamte internationale revolutionäre Arbeiterbewegung um viele Jahrzehnte zurückgeworfen hat.

Spricht man von dieser Situation, so muß man heute allerdings auch hinzufügen, daß es der internationalen kommunistischen Bewegung leider nicht gelungen ist, aus dem Verrat der Chruschtschow-Revisionisten, welcher der Sache der Weltrevolution die tiefsten Wunden geschlagen hat, die erforderlichen Lehren zu ziehen. Das Aufkommen der revisionistischen "Drei-Welten-Theorie" in China, ihre jahrelange praktisch auf keinen nennenswerten Widerstand stossende Verbreitung auf internationaler Ebene, schließlich die restlose Entartung der KP Chinas haben die Rückschläge vermehrt und das Vertrauen von Millionen potentiell revolutionärer Menschen in die kommunistische Bewegung weiter untergraben.

Auch die falsche Haltung der PdAA in einer ganzen Reihe von Fragen, ihre unqualifizierten Angriffe auf Mao Tsetung usw. haben die Lage in der weltweiten marxistisch-leninistischen Bewegung noch komplizierter gemacht.

Die antirevisionistische, marxistisch-leninistische Bewegung hat infolgedessen gegenwärtig nur in ganz wenigen Ländern die Kraft, führend und zielgebend in die spontanen Massenbewegungen und Kämpfe einzugreifen. Dort, wo tatsächlich ernstzunehmende marxistisch-leninistische Kräfte wirken, befinden sie sich zumeist noch in der Anfangsperiode ihrer Formierung, keineswegs aber in der Periode, wo sie bereits über die Kraft verfügen, die Millionenmassen zu führen.

Wie kann man das dann in Polen erwarten, wo bisher eine marxistisch-leninistische Organisation oder Partei unseres Wissens überhaupt fehlt?* Um so massiver ist der Einfluß aller möglichen Agenturen der westlichen Imperialisten und der mit ihnen verbundenen Weltreaktion.

In Polen - und nicht nur dort - befindet sich die Arbeiterbewegung somit in einer Situation, die in mancher Beziehung an die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung erinnert. Der wesentliche Unterschied ist jedoch, daß heute reale Möglichkeiten existieren, aus dieser Situation relativ rasch herauszukommen, da der Marxismus-Leninismus weltweit existiert und auch in Polen gegenständlich ist, auch wenn sich vorläufig noch keine auf den Marxismus-Leninismus gestützte Organisation oder Führungsgruppe herausgebildet hat.

*** In Polen wurde zwar bereits 1964 eine antirevisionistische "Kommunistische Partei Polens" unter Führung des ehemaligen ZK-Mitglieds Kazimir Mijal gegründet, die sich damals die Standpunkte der KP Chinas und der PdA Albaniens zueigen machte. Ihr Zentralorgan, das natürlich in strengster Illegalität erschien und verbreitet wurde, war "Czerwony Sztandar" (Rote Fahne). Nach mehreren Kontakten mit Vertretern dieser Partei, die eine weitgehende Übereinstimmung der Standpunkte ergaben, nahm die MLPÖ mit ihr brüderliche Beziehungen auf und half auch bei der Verbreitung ihrer Materialien. Anfang der Siebzigerjahre führte die KP Polens einen sehr positiven Kampf gegen die polnisch-deutschen Verträge ("Ost-Verträge") und entlarvte sie als prinzipienlosen Schacher. (Zum Teil sind diese Texte in deutscher Übersetzung abgedruckt in "Westberliner Kommunist" Nr. 2.)**

Einige Jahre danach beschloß die KP Polens jedoch ein längeres Gemeinsames Kommunique mit der Aust-"KPD/ML", das von opportunistischen Auffassungen strotzte.

Vom Wirken der KP Polens innerhalb des Landes wissen wir nur wenig, vor allem nichts mehr aus den letzten Jahren. Nachdem sich der Führer dieser Partei, Kazimir Mijal, jahrelang hauptsächlich auf die PdA Albaniens orientiert hatte, schwenkte er nach Maotsetungs Tod voll und ganz zur "Drei-Welten-Theorie" und auf die Linie der chinesischen Deng-Hua-Bande über. Das drückte sich auch in der Übersiedlung Mijals nach Peking aus. Seither haben er und seine Partei nichts Nennenswertes mehr von sich hören lassen. (Anmerkung der RF-Redaktion).

WER SIND DIE LECH WALESAS? WAS WOLLEN SIE? WEM DIENEN SIE?

Zwar wehte über der Lenin-Werft in Gdansk ein Transparent mit der großen Losung "Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!". Dennoch aber wurden die Kämpfe ausschlaggebend von Leuten geleitet, denen es in Wirklichkeit gar nicht um die Verwirklichung dieser großen proletarischen Losung ging und geht.

Leute wie Lech Walesa sind alles andere als Interessenvertreter des Proletariats. Typisch für ihn ist, daß er sich demonstrativ "unpolitisch" gibt und seine enge Verbundenheit mit der römisch-katholischen Kirche wie ein Parteiabzeichen zur Schau trägt. Gleich nach Abschluß der Verhandlungen glaubte er, als "religiöser Mensch" dem Papst die Referenz erweisen zu müssen. Unmittelbar nach Registrierung der "unabhängigen Gewerkschaften" begab sich Walesa als erstes zu Kardinal Wyszynski, einem der übelsten klerikalen Konterrevolutionäre, um gemeinsam mit ihm den Sieg zu feiern.

Zu den engsten "Beratern" Walesas gehören die offen prowestlichen Intellektuellen des "KOR"-Komitees wie Jacek Kuron, die aus ihrem Antikommunismus keinerlei Hehl machen, oder direkte Agenten des Vatikans wie Tadeusz Mazowiecki vom "Klub der katholischen Intelligenz".

"Der Spiegel" vom 3. November 1980 (S.148) schilderte die Lage recht offen so, daß an der linken Seite Walesas das antikommunistische KOR-Komitee und zur Rechten die "katholische Expertenkommission" steht, während "ein vom Episkopat entsandter Beraterkreis irgendwo in der Mitte" sitzt.

Wie "Der Spiegel" weiter mitteilt, findet die offensichtliche Orientierung Walesas auf den Vatikan keineswegs die Zustimmung der Massen der Arbeiter. Viele von ihnen spötteln sogar: "Wenn du Leschek nach der Uhrzeit fragst, fragt der erst mal zurück: Und was sagt der Papst dazu?" (ebenda, S.151)

Walesa macht übrigens kein Geheimnis daraus, daß er seinen Apparat, der nun ein Danziger Hotel zu seinem offiziellen Hauptquartier gemacht hat, durch beträchtliche Geldmittel aus dem westlichen Ausland finanziert.

Eine solche Situation nutzen die westlichen Imperialisten und die römisch-katholische Kirche, das nutzen alle möglichen extrem reaktionären Elemente natürlich nach allen Regeln der Kunst aus. Gestützt auf direkte oder indirekte westlich-imperialistische Interventionen würden sie am liebsten an die Stelle des vor allem von den russischen Sozialimperialisten abhängigen revisionistischen Polens das alte faschistische Polen der Pans, der polnischen Barone, das Polen Pilsudskis wiedererstehen lassen. Sie wollen "den Teufel mit dem Beelzebub austreiben", die Pest durch die Cholera ersetzen !

WIE GREIFEN DIE WESTLICHEN IMPERIALISTEN UND IHRE AGENTEN IN POLEN EIN?

Trotz aller selbstauferlegten "Zurückhaltung" bezüglich der Offenlegung der wahren Ziele und des Ausmaßes des Engagements der westlichen Imperialisten in Polen, lief während des Streiks die Propaganda der westlichen Medien auf Hochtouren, um abwechselnd ihre "Sorge", "Anteilnahme" und "Hoffnung" auszudrücken. Selbst die reaktionärsten Bosse konterrevolutionärer westlicher Gewerkschaften, die in ihren Ländern alles tun, um jegliche Streikbewegungen abzuwürgen, entwickelten plötzlich flammende Begeisterung für die Streiks in Polen und riefen zu "internationaler Solidarität" auf. Solche Reaktionäre, Repräsentanten des Imperialismus wie Carter oder Strauß, Schmidt oder Kreisky, über deren Rolle als Interessenvertreter der Großbourgeoisie kein Zweifel bestehen kann, zeigten plötzlich "Verständnis" für die Forderungen der polnischen Arbeiter und "Mitgefühl" für ihre Lage. In einer Rundfunkerklärung forderte Kreisky die "demokratische Bewegung" der ganzen Welt auf, entschlossen "auf der Seite derjenigen zu stehen, die diesen Kampf führen. Es gibt keinen anderen Platz." Dieselben, die es für ganz normal finden, Pinochet und andere Faschisten mit Panzern und MGs gegen das eigene Volk auszurüsten und die dem Regime des faschistischen Putschistengenerals Evren in der Türkei mit Milliardenbeträgen unter die Arme greifen, damit er tüchtig "Ordnung" machen kann, dieselben Berufsdemagogen heucheln "Solidarität" mit den polnischen Arbeitern, ihren Interessen und Forderungen. Man muß nicht viel Klassenbewußtsein haben, um zu erkennen, daß sie den polnischen Arbeitern um nichts näher stehen als den Arbeitern ihrer eigenen Länder und daß es ihnen nur um das eine geht, um die Ausdehnung des Einflußbereiches der Großbourgeoisie, deren politische Repräsentanten sie sind !

Um die polnischen Machthaber zu ködern, zwischen sie und ihre russischen Oberherren Keile zu treiben, aber auch um weitere Hebel zu direkter Einmischung und Erpressung zu gewinnen, stellten die westlichen Imperialisten weitere große Kredite für die bankrotte polnische Wirtschaft in Aussicht für den Fall, daß die Forderungen der Arbeiter - genauer: die Forderungen Walesas - erfüllt werden. Sie drohen zugleich mit einer "Verschlechterung der Beziehungen" und dem Stopp aller "Hilfsmaßnahmen", wenn dies nicht geschehe. Damit bezwecken sie natürlich nichts anderes, als Polen noch mehr als bisher in ihre Krallen zu bekommen.

Mit diesem Ziel lassen sie auch innerhalb Polens diverse Dissidenten- und Intellektuellenkreise wie das "KOR" aktiv werden, die den Arbeitern ihre "Dienste" anbieten. So wollen sie die Kontrolle über die Bewegung der Arbeiter erlangen, um sie als Druckmittel im Sinne ihrer konterrevolutionären Ziele zu mißbrauchen.

DIE REAKTIONÄRE ROLLE DER KATHOLISCHEN KIRCHE

Eine besondere Rolle unter den reaktionären Kräften in Polen spielt die katholische Kirche Polens. Ihr "Primas", Kardinal Wyszynski, besitzt die konterrevolutionäre Unverfrorenheit, offen den Kampf der polnischen Reaktionäre gegen die Lenin-Stalinsche Rote Armee im Jahre 1920 zu preisen. Die katholische Kirche gehört zu den Haupteinpeitschern des polnischen Nationalismus, um den Haß gegen die russischen Sozialimperialisten in ein antikommunistisches, konterrevolutionäres Fahrwasser zu bringen, indem sie die heutige sozialimperialistische Sowjetunion gleichsetzt mit der damaligen sozialistischen Sowjetunion Lenins und Stalins, die Ströme von Blut vergossen hat, um das polnische Volk vor der physischen Ausrottung durch die Hitlerfaschisten zu retten.

Immer massiver pocht die Kirche auf die "Freiheit des Wortes", d.h. auf ihr "Recht" der noch hemmungsloseren antikommunistisch-klerikalen Vergiftung des Bewußtseins der Massen. Dabei hat der konterrevolutionäre Klerus nur insofern Interesse an der Streikbewegung der Arbeiter, als er diese zum Hebel machen kann, solche reaktionären Forderungen wie "Zugang der Kirche zu den Medien" durchzusetzen, um die eigene Basis zu stärken. Entsprechend der ihr eigenen salbungsvollen Demagogie versäumt es die römisch-katholische Kirche nicht, bei jeder Gelegenheit ihre "Mäßigung" und "Besonnenheit" herauszustreichen. Kardinal Wyszynski "warnte" die Arbeiter sogar eindringlich vor "überspitzten Forderungen" und wiegelte auf dem Höhepunkt des Streiks offen ab, als er im Fernsehen (von den Revisionisten in aller Ausführlichkeit übertragen!) mahnte, es sei "die Arbeit und nicht die Tatenlosigkeit Verbündeter des Menschen."

Man fordert den noch breiteren Zugang der Kirche zu den Medien. Die Revisionisten kommen dem prompt nach. Und was macht die Kirche? Sie "beschwichtigt" durch Rundfunk und Fernsehen die Arbeiter. Das hat sicher manchen Arbeiter zum Nachdenken über den Charakter dieser Forderung gebracht und zur Ernüchterung über die Rolle der Kirche beigetragen.

Diese sogenannte "besonnene" Haltung der Kirche, aber auch eines beträchtlichen Teiles der übrigen westlichen Reaktion, die Walesa zu ihrem neuen "Helden" erkoren hat, hat allerdings auch andere Gründe: Ihre Kreaturen in Polen sind noch nicht so weit, um eine Entscheidungsschlacht riskieren zu können und eine zu rapide Entwicklung der Massenbewegung könnte sie an den Rand spülen, die Kontrolle verlieren lassen und zu Ergebnissen führen, die ihnen ebensowenig passen wie den gegenwärtigen revisionistischen Machthabern. Insoferne müssen die einen Reaktionäre vor der Massenbewegung ebenso auf der Hut sein und sie ebenso fürchten wie die anderen, verbinden sie bei aller Rivalität bis zu einem gewissen Grade auch gemeinsame Interessen. Eben das ist der Boden, auf dem sehr weitgehende Kompromisse zwischen der herrschenden und der opponierenden Reaktion, sogar eine partielle und zeitweilige Zusammenarbeit zwischen ihnen möglich ist.

DER KAMPF ZWISCHEN DEN RUSSISCHEN SOZIALIMPERIALISTEN UND DEN WESTLICHEN IMPERIALISTEN IN POLEN

Die russischen Sozialimperialisten verfolgen die gegenwärtige Entwicklung in Polen aufgrund ihrer eigenen imperialistischen Interessen mit verständlicher "Sorge" und stoßen Drohungen an die Adresse der westlichen Imperialisten aus. Am 26.8.80 wandte sich die sowjetische Nachrichtenagentur "TASS" vehement gegen den "Versuch gewisser imperialistischer Kreise, sich unverschämt in die inneren Angelegenheiten eines souveränen sozialistischen Staates einzumischen, mit der Absicht, die Entwicklung der Ereignisse in Polen in eine Bahn zu lenken, die ihnen zupaß käme" (zitiert nach "FAZ" v.27.8.80).

Nach außen hin sind diese Drohungen und Warnungen an die westlichen Imperialisten adressiert. De fakto sind das vor allem aber Drohungen gegen die polnischen Arbeiter selbst! Kommt es zum militärischen Eingreifen der russischen Sozialimperialisten, so wird es zwar sicherlich heftiges Säbelrasseln und heftige Wortgefechte zwischen Imperialisten und Sozialimperialisten geben, doch schießen wird man auf die polnischen Arbeiter!

Während der Streiktage wurde unmittelbar an den Grenzen Polens von Warschauer-Pakt-Truppen das Manöver "Waffenbrüderschaft '80" abgehalten. Auf vielfältige Weise machten die russischen Sozialimperialisten also deutlich, daß sie in Polen keine Entwicklung zulassen wollen, die i h n e n nicht "zupaß" käme. Sie betrachten Polen als ihren Einflußbereich und tun alles in ihren Kräften Stehende, um mitten im revisionistischen Pferch ein offen prowestliches Polen zu verhindern.

In der gegenwärtigen Phase der imperialistischen Rivalität, in der die kriegerische Neuaufteilung der Welt erst vorbereitet wird, steht außer Frage, daß ein direktes militärisches Eingreifen der sozialimperialistischen Armeen in Polen ebensowenig der "Casus belli", der auslösende Faktor einer weltweiten militärischen Auseinandersetzung sein wird wie es der sozialimperialistische Einmarsch in Afghanistan war.

Das heißt jedoch keineswegs, daß sich die westlichen Imperialisten mit der bestehenden Lage auf die Dauer zufriedengeben, untätig bleiben und nicht fieberhaft an der Schaffung von Voraussetzungen arbeiten, den "Status quo" früher oder später doch zu ihren Gunsten zu ändern.

Die westliche Taktik geht gegenwärtig davon aus, daß man Polen nicht auf einen Schlag aus dem von den Sozialimperialisten dominierten Machtblock heraus-

brechen kann. Das würde an den russischen Panzern scheitern. Sie können ihrem Ziel unter den heutigen Bedingungen nur über mehrere Etappen näherkommen, indem sie die Widersprüche in Polen maximal zuungunsten der russischen Rivalen zu entwickeln

MUHRIS ERSTE FERNSEH-PRESSESTUNDE

Am Sonntag, den 2. November 1980 fand im österreichischen Fernsehen, wie die revisionistische "Volksstimme" am 4.12. stolz mitteilt, eine "Pressestunde" statt, "die erste mit dem Vorsitzenden der KPÖ, Franz Muhri". Nicht minder stolz berichtet die "Volksstimme", daß das Blatt der österreichischen Großbourgeoisie "Die Presse" von diesem Auftritt Muhris tief beeindruckt war.

Wieso das Organ der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie von Muhri so beeindruckt war, wird sofort klar, wenn man liest, was die "Volksstimme" selbst über Muhris Fernseh-Auftritt berichtet: Er hat in allen behandelten Fragen sein Äußerstes getan, um eventuelle Sorgen der österreichischen Bourgeoisie zu zerstreuen.

Das erste "Stichwort" war "Polen". Die anwesenden bürgerlichen Journalisten waren laut "Volksstimme" sehr beunruhigt wegen der Gefahr eines "Sowjeteinmarsches" in Polen. Doch souverän und laut "Presse" "bemerkenswert ruhig" zerstreute der "KPÖ"-Vorsitzende dank seines direkten Drahts nach Moskau ihre Zweifel:

> "Erst als Muhri dezidiert feststellte, daß die Polen selbst ihre Probleme lösen können und daher eine solche Entwicklung (ein Eingreifen der russischen Truppen, Anmerkung der Redaktion) auszuschließen ist, kam man zu den Sachfragen." ("Volksstimme", 4.11.1980)

Es ergab sich natürlich sofort die Frage, warum in Polen nicht dasselbe denkbar sei wie 1968 in der Tschechoslowakei. Muhris Hauptargument war, daß der Unterschied darin liege, daß bei der Tschechoslowakei die Gefahr des Austritts aus dem Warschauer Pakt bestanden habe. Das hätte er nicht sagen sollen, denn prompt kam der Zwischenruf, ob ein solcher Austritt denn ein Verbrechen sei. "Nein, das ist kein Verbrechen...", stotterte Muhri, was ihm in der "Kronen-Zeitung" vom 5.11. ein hohes Lob von "Staberl" eintrug: "Der traut sich aber was!"

Auch in einer anderen Frage dieser ORF-"Pressestunde" bemühte sich Muhri, das Bild eines "KP"-Führers zu vermitteln, wie er der Bourgeoisie gefällt. Es ging um die Frage, wie die "KPÖ" Österreich zum Sozialismus führen will. Klar, daß Muhri den Begriff "Revolution" nicht einmal in den Mund nimmt, von so schrecklichen Dingen wie "Sturz des kapitalistischen Staates", "bewaffneter Aufstand", oder gar "Diktatur des Proletariats" ganz zu schweigen. Was er dagegen antwortete, faßt die "Volksstimme" wie folgt zusammen:

> "Muhri ging auch offen auf unsere Vorstellungen über den Weg unseres Landes zum Sozialismus ein, der nicht von einer Partei allein gegangen werden kann, sondern nur von mehreren gleichberechtigten Kräften gemeinsam."

Die Frage war, wie die KPÖ Österreich zum Sozialismus führen will. Und Muhris Antwort ist: sie will garnicht führen ! Sie will ihren spezifischen "Weg zum Sozialismus" überhaupt erst gehen, wenn sich in Österreich mehrere Parteien gefunden haben, die entschlossen sind, zum Sozialismus vorwärtszuschreiten - brüderlich vereint, gleichberechtigt, ohne daß sich eine als führende Kraft vordrängt. Wahrlich ein idyllischer Weg - nur ziehen wird er sich halt bis zum "Sankt-Nimmerleins-Tag".

Die österreichische Bourgeoisie kann mit Herrn Muhri zufrieden sein. Wir werden uns nicht wundern, wenn ihn der ORF bald wieder einlädt.

versuchen, ohne die Entwicklung ihrer Kontrolle entgleiten zu lassen, ja bei systematischem Ausbau ihrer Positionen. Dieses Vorgehen umriß bereits 1977 der prowestliche polnische "Reformideologe" W. Brus:

> "Eine mehr oder weniger abrupte Veränderung des politischen Systems, wie sie 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei versucht wurde, ist auf Grund der internen Situation und einer drohenden sowjetischen Intervention in absehbarer Zukunft ausgeschlossen. Der einzige gangbare Weg scheint in einem ständigen Kampf um Reformen zu liegen, für eine evolutionäre Entwicklung der bürgerlichen Freiheiten und Garantien der Menschenrechte." (W. Brus, zitiert in "Polen - Freie Gewerkschaften im Kommunismus?", Rowohlt 1980, S. 59).

Die westliche Reaktion organisiert gründlich ihre Kräfte, Agenten und "Transmissionsriemen" auf allen Gebieten, bereitet sich immer besser und gründlicher auf den Bruch vor, indem sie die Lage der russischen Sozialimperialisten und ihrer Interessenvertreter in Polen immer unhaltbarer zu gestalten versucht.

Dieses durch die Umstände erzwungene Taktieren der westlichen Imperialisten einerseits und andererseits die bei den russischen Sozialimperialisten, die gegenwärtig genug am Hals haben, dominierende Tendenz, erst im äußersten "Notfall" die Panzer rollen zu lassen, schafft der Arbeiterbewegung in Polen wertvolle Spielräume und günstige Entwicklungsmöglichkeiten, einen revolutionären Führungskern hervorzubringen und schließlich eine wirklich kommunistische Vorhutpartei zu schaffen als entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterbewegung nicht immer wieder um die Früchte ihrer Kämpfe betrogen wird.

WELCHE ROLLE SPIELEN DIE "UNABHÄNGIGEN GEWERKSCHAFTEN"?

In letzter Zeit schrieben die polnischen, russischen, rumänischen, tschechoslowakischen und natürlich auch die österreichischen Revisionisten zahlreiche Artikel gegen die sogenannten "unabhängigen Gewerkschaften" in Polen, die von "antisozialistischen Elementen" beherrscht werden. Dabei zitieren sie sogar eifrig Lenin und berufen sich auf dessen entschiedene Polemiken gegen die Theorie der "neutralen" Gewerkschaften!

Lenin sagte bekanntlich, daß es "unabhängige" oder "neutrale" Gewerkschaften nicht geben kann, da jede Gewerkschaft absichtlich oder unabsichtlich in der Praxis notwendigerweise eine bestimmte politische Linie verfolgt, bestimmten politischen Interessen dient. Wahrhaft revolutionäre Klassengewerkschaften müssen unter der ideologischen und politischen Führung der kommunistischen Partei des betreffenden Landes stehen, sonst sind sie auch nicht imstande, die Tagesinteressen des Proletariats konsequent zu vertreten, von den längerfristigen Interessen ganz zu schweigen.

Aber welch großer Betrug ist

die Berufung der Revisionisten auf Lenin, die überall dort, wo sie Einfluß und Macht haben, die Gewerkschaftsbewegung zu einer üblen Karikatur degeneriert haben! Die in Polen existierenden revisionistischen Gewerkschaften sind ein abstoßendes Zerrbild jener Klassengewerkschaften, für die Lenin zeitlebens kämpfte. Sie stehen nicht unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei, sondern sind der konterrevolutionären Politik der Revisionisten bedingungslos untergeordnet. Ihr Apparat ist vollständig mit dem bürokratischen revisionistischen Staat verwachsen. Sie sind keine Waffe der polnischen Arbeiter, sondern ein Mittel, ihre Ausbeutung aufrechtzuerhalten und zu verschärfen, ein Unterdrückungsorgan der neuen Bourgeoisie. Sie haben mit Lenin ebensowenig zu tun, wie die verbürgerlichten, konterrevolutionären und gelben Gewerkschaften in den imperialistischen Ländern und man kann sie daher auch nicht mit Lenin-Zitaten verteidigen.

Sich gegen d i e s e Gewerkschaften aufzulehnen, ist vollauf berechtigt. Es kann zwar keine von "der" Politik unabhängigen, "der" Politik gegenüber "neutralen" Gewerkschaften geben. Aber es kann sehr wohl von den herrschenden Revisionisten unabhängige Gewerkschaften geben!

Wir verteidigen unbedingt das Recht der polnischen Arbeiter, von den revisionistischen Zwangsapparaten unabhängige Gewerkschaften aufzubauen, sich selbständig zu organisieren, sich eine Waffe zur Verteidigung ihrer unmittelbaren ökonomischen Lebensinteressen zu schaffen.

Wenn dies nicht schon in den ersten Anläufen gelingt, wenn diese oder jene Reaktionäre zeitweilig auch imstande sind, eine solche Bewegung für die eigenen Ziele zu mißbrauchen, die Arbeiter ihrerseits irrezuführen und zu betrügen, so ändert das überhaupt nichts am grundsätzlichen Recht des Proletariats auf Schaffung selbstgewählter Vertretungsorgane, so wenig diese den nötigen Anforderungen zunächst auch gerecht werden mögen, so widerspruchsvoll ihre Rolle zunächst auch ist.

Man darf die diesbezüglich in Polen existierende Situation nicht mit der Lage in einem Land verwechseln, in dem echte gewerkschaftliche Klassenorganisationen des Proletariats bereits existieren. Natürlich würde in solchen Ländern die Gründung von Gegengewerkschaften ausschließlich auf Schwächung und Spaltung des Proletariats hinauslaufen und müßte aufs entschiedenste bekämpft werden. Wo jedoch keine echten kämpferischen Gewerkschaften existieren, kann auch die widerspruchsvollste Organisation, wenn sie dem Einfluß der kämpfenden Massen nicht von vornherein entzogen ist, eine Keimzelle und Entwicklungsform auf dem Weg zu einer echten Klassenvertretung sein, die doch nicht fix und fertig vom Himmel fällt, sondern in Kämpfen und Krämpfen, in den Wehen schmerzvoller Erfahrungen geboren und entwickelt werden muß. Sicher verläuft eine solche Entwicklung nicht selbsttätig, sondern hängt sie von den Anstrengungen der bewußtesten Kräfte der Klasse, der zweifellos auch in Polen vorhandenen Revolutionäre und

Marxisten-Leninisten ab, aber die Nase rümpfen, weil sich die Reaktion einmischt und lieber abwarten zu wollen, bis eine einflußreiche revolutionäre Klassengewerkschaft des Proletariats sich wie ein Phönix aus der von den Revisionisten hinterlassenen Asche erhebt, ist ein Stumpfsinn, wie er nur im Gehirn eines hoffnungslosen Bürokraten entstehen kann.

Es bleibt natürlich die Frage: was wird aus den kürzlich geschaffenen "unabhängigen Gewerkschaften" in Polen? Diese Frage stellt sich um so krasser in einer Situation, wo dem Klassenkampf in Polen die revolutionäre Führung durch eine marxistisch-leninistische Partei fehlt. Entscheidend ist, welcher Führung, d.h. welcher Politik diese Gewerkschaften folgen werden.

> Die 1980 erschienenen acht Ausgaben der "Roten Fahne" umfaßten insgesamt 338 (!) Seiten. 1981 stehen 10 bis 12 Ausgaben mit 4-500 Seiten auf unserem Programm.

In der jetzigen Phase der allseitigen Organisierung der prowestlichen reaktionären Kräfte haben die "unabhängigen Gewerkschaften" und andere "unabhängige Organisationen", die unweigerlich folgen werden oder bereits im Entstehen begriffen sind, eine besondere Bedeutung.

Eine von prowestlichen, reformistischen und klerikalen Elementen geführte Gewerkschaftsorganisation stellt ein mächtiges Druckmittel, einen entscheidenden Hebel dar, um die Verhältnisse in Polen weiter im Interesse der westlichen Imperialisten zu unterhöhlen. Neben dem Bestreben, die polnische Arbeiterklasse ideologisch und politisch unter dem Einfluß des Revisionismus zu halten, erklärt sich gerade auch hieraus der hartnäckige Versuch der polnischen Revisionisten, direkt oder indirekt die Anerkennung der revisionistischen Partei als führende politische Kraft von Seiten der neuen Gewerkschaften durchzusetzen, um diese auf längere Sicht doch noch unter die eigene Fuchtel zu bekommen.

Nach den - zugegebenermaßen viel zu spärlichen und lückenhaften - Informationen, die wir über die Zusammensetzung der sogenannten "unabhängigen" Gewerkschaften Polens, über das Ausmaß ihrer Kontrolle durch die westliche Reaktion, über den tatsächlichen Einfluß der kämpfenden Arbeiter auf ihre Politik, über die dort zweifellos bis zu einem gewissen Grad weiterbestehenden revisionistischen Einflüsse usw. haben, halten wir es für falsch, sie als völlig homogen zu betrachten, ihnen jegliche positive Potenz und Entwicklungsmöglichkeit von vornherein abzusprechen bzw. die Möglichkeit grundsätzlich zu verneinen, daß sich in ihrem Schoß wirklich proletarische Fraktionen konstituieren und zusammen mit revolutionären Kräften außerhalb ihrer Reihen revolutionäre Führungskerne bilden. Kürzer gesagt, es scheint uns ganz und garnicht ausgemacht, daß sich die "unabhängigen" Gewerkschaften so entwickeln, wie es die prowestlichen und klerikalen Reaktionäre wollen, daß also die Walesas und ihre "Berater" immer und überall die Zügel werden in der Hand behalten können.

OHNE WAHRHAFT KOMMUNISTISCHE PARTEI

KANN KEIN DAUERHAFTER SIEG ERKÄMPFT WERDEN!

Es ist nicht bloß eine marxistisch-leninistische "Theorie", sondern von der Geschichte immer bestätigte historische Wahrheit unserer Epoche:

Nur eine revolutionäre marxistisch-leninistische Partei kann gewährleisten, daß sich die Arbeiterklasse vom Einfluß der Bourgeoisie und ihrer Kreaturen auf die Dauer befreit bzw. ihre kämpferischen Massenbewegungen nach einigen Teilerfolgen nicht wieder ganz "unter die Fittiche der Bourgeoisie" geraten. Nur unter ideologischer und politischer Führung einer Partei von Lenin-Stalinschem Typus kann die Arbeiterklasse im harten Klassenkampf gegen alle bürgerlichen Einflüsse ihr <u>eigenes</u> proletarisches Banner aufpflanzen. Nur eine solche Partei, bewaffnet mit der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus, kann der Arbeiterklasse ihre historische Mission bewußt machen und sie zu ihrer Erfüllung befähigen.

Eine solche politische Führung f e h l t heute in Polen und in den anderen ehemals sozialistischen bzw. volksdemokratischen Ländern wie übrigens auch in den allermeisten "klassischen" kapitalistischen Ländern.

Vor den revolutionären Arbeitern Polens, vor den polnischen antirevisionistischen Kommunisten steht heute deshalb als entscheidende Aufgabe, im Kampf gegen den modernen Revisionismus ihre marxistisch-leninistische Partei aufzubauen, unter deren Führung allein das Proletariat in der Lage sein wird, das ganze verrottete Ausbeutersystem in der proletarischen Revolution in Stücke zu schlagen, um die revolutionäre Macht in Polen wiederzuerrichten, die Diktatur des Proletariats zu erkämpfen, um den wirklichen Sozialismus und Kommunismus gemäß den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin aufzubauen.

Eine solche revolutionäre Partei wird den breiten Massen Polens anhand der Tatsachen und ihrer tagtäglichen Erfahrungen bewußt machen, daß für das Elend, den Hunger, die Teuerung und die Arbeitslosigkeit nicht einige korrupte Politiker die Schuld tragen, sondern die Wurzeln dafür im realen Vorhandensein und dem Wirken der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus in Polen liegen. Eine solche revolutionäre Partei wird zeigen, daß nicht das Flickwerk einiger Reformen mit Ausbeutung und Unterdrückung Schluß machen kann, sondern nur die proletarische Revolution!

Eine solche revolutionäre Partei wird die arbeitenden Massen Polens auch vor ihren falschen, den westlichen Imperialisten dienenden, vor allen opportunistischen und reformistischen "Freunden" warnen.

Sie wird den Kampf gegen die herrschende Staatsmacht mit dem Kampf gegen j e g l i c h e n Imperialismus verbinden!

★ ★ ★

Als Marxisten-Leninisten Österreichs begrüßen wir die Kampfbewegung der polnischen Arbeiter mit großer Genugtuung und erklären uns mit ihr solidarisch. Das schließt ihre kritische Untersuchung, das Aufzeigen sowohl ihrer positiven als auch negativen Aspekte, ihrer Möglichkeiten und Grenzen keineswegs aus, sondern setzt das voraus, wenn es nicht bei bloßen Phrasen von Solidarität bleiben soll. Zugleich müssen wir betonen, daß unsere Zustimmung und Solidarität nichts, aber auch garnichts zu tun hat mit den Lobgesängen der bürgerlichen Presse und Politiker auf die Ereignisse in Polen. Was die polnischen Arbeiter wollen, was sie brauchen, was ihren Interessen entspricht, ist genau das Gegenteil dessen, was diese Kräfte wollen, anstreben und betreiben.

Als besonderes Gebot u n s e r e r proletarisch-internationalistischen Unterstützung der Sache des polnischen Proletariats betrachten wir die Entlarvung und den Kampf gegen die reaktionären Machenschaften "unserer", der österreichischen Bourgeoisie in bezug auf Polen, die auf dem Rücken des polnischen Volkes schon jetzt kräftige Profite macht und in Zukunft noch kräftigere zu machen hofft.

Wir werden den Kampf der Arbeiterklasse Polens in brüderlicher Solidarität aufmerksam verfolgen und jeden Versuch ihrer wirklich revolutionären Organisierung begeistert unterstützen, soweit wir das nur irgend vermögen!



★ ★

EINSEITIGE SICHTWEISEN DER POLNISCHEN EREIGNISSE

FÜHREN ZU OPPORTUNISTISCHEN SCHLUSSFOLGERUNGEN

UND HELFEN FAKTISCH DEN REVISIONISTEN

Wie schon gezeigt, sind in Polen eine ganze Reihe sehr <u>verschiedenartiger</u> Widersprüche ineinander verwoben. Da ist der Kampf der Arbeiter gegen ihre Ausbeuter. Da ist die Kirche. Da sind die zwischenimperialistischen Widersprüche, das Ringen der Imperialisten und Sozialimperialisten um den Ausbau und die Festigung ihres Einflusses. Da sind die verheerenden Folgen des revisionistischen Verrats, der weitgehenden Zerschlagung der Arbeiterbewegung, der Diskreditierung der revolutionären Ideale durch sie. Da ist einerseits eine breite kämpferische Massenbewegung und andererseits zugleich die fatale Tatsache des Fehlens einer revolutionären Führung.

Gerade aufgrund dieser Kompliziertheit wenden wir uns gegen zwei weitverbreitete falsche Positionen, <u>zwei einseitige Sichtweisen, die beide zu opportunistischen Schlußfolgerungen führen</u> und entweder den Revisionisten und Sozialimperialisten oder den westlichen Imperialisten und dem Vatikan helfen.

Wir halten es für <u>gänzlich unzulässig</u>,

ausschließlich auf die unzweifelhaft vorhandenen negativen und reaktionären Momente in den polnischen Ereignissen zu verweisen. Damit gerät man unweigerlich mehr oder weniger schnurstracks in den Sog der Propaganda der polnischen und russischen Revisionisten.

Betrachten wir in diesem Zusammenhang das, was das Zentralorgan der PdA Albaniens, "Zeri i Popullit", am 7.September 1980 in einem grundsätzlichen Artikel über die große Streikbewegung vom Sommer letzten Jahres in Polen schrieb:

> "die Streiks ... wurden ... von außen geschürt und gesteuert - von der kapitalistischen Bourgeoisie des Westens, von der allmächtigen polnischen katholischen Kirche und von der inneren Reaktion. Im Kern waren sie nicht revolutionär. Sie richteten sich in einem konterrevolutionären Geist gegen ein konterrevolutionäres Regime. Die Organisatoren und die Inspiratoren der Streiks wollten Polen den Klauen der sowjetischen Sozialimperialisten entreißen und unter die Herrschaft des westlichen Kapitals bringen. Zu dieser Schlußfolgerung führt uns die Analyse der Ereignisse in Polen im Licht des Marxismus-Leninismus."
> (Zitiert nach "Albanien heute", Nr.5/1980, S.32)

"Zeri i Popullit" wendet sich eindringlich gegen eine positive Beurteilung dieser Streiks. Zusammenfassend heißt es über die Ereignisse des Sommers 1980 und deren Ergebnisse:

> "Alle diese Konzessionen (die der herrschenden polnischen Revisionisten, AdV) zeugen vom Zustand der Fäulnis, in dem sich das gegenwärtige Regime befindet, und von der noch tiefgreifenderen, noch radikaleren Umwandlung Polens in ein kapitalistisches Land. Diese Umwandlung eines sogenannten sozialistischen Landes, das keines ist, erreichte die Reaktion dadurch, daß sie die Arbeiterklasse betrog und für ihre Zwecke einspannte. Gerade deshalb bezeichnen sie die Bourgeoisie und die kapitalistischen Staaten, ihre Oberhäupter von Carter bis Reagan, der Vatikan und die polnische Kirche als 'historischen Sieg', der in Wirklichkeit die Verwandlung eines Landes von einem revisionistischen und pseudosozialistischen in ein durch und durch kapitalistisches Land bedeutet.
>
> Was aber bringt dieser Sieg der Arbeiterklasse? Wem dient er? Die Bildung 'unabhängiger selbstverwalteter Gewerkschaften' in Polen wird ein Sprungbrett für den Übergang vom gegenwärtigen zentralisierten bürokratischen revisionistischen Regime zu einem RESTLOS kapitalistischen, anarchosyndikalistischen System sein. Was heute in Polen geschieht, hat Ähnlichkeit mit dem, was schon früher in Jugoslawien geschehen ist. Dieses löste sich sofort nach dem Krieg definitiv vom sozialistischen Lager und landete nach einigen Kursänderungen beim 'Selbstverwaltungs' system." (Ebenda, S.35)

In diesen Passagen befinden sich gleich so viele Aussagen, die unseren energischen Widerspruch herausfordern, daß wir der Reihe nach darauf eingehen müssen.

Zunächst mutet es außerordentlich merkwürdig an, wenn gleich dreimal in leicht abgewandelter Form wiederholt wird, Polen verwandle sich erst jetzt, nämlich durch die "Konzession" der Zulassung "unabhängiger Gewerkschaften" usw. in ein "restlos" kapitalistisches Land. Ja gab es denn bis dahin noch irgendwelche "Reste" des Sozialismus in Polen? Soll etwa der Übergang in ein "durch und durch kapitalistisches Land" in der Ablösung des "gegenwärtigen zentralisierten" Regimes durch ein mehr dezentralisiertes, "anarchosyndikalistisches" bestehen? Das aber hieße heillos Form und Inhalt miteinander zu verwechseln, die in Polen noch verbliebenen leeren "sozialistischen" Hüllen mit wirklichem sozialistischen Inhalt gleichzusetzen !

Haben Sie Ihr Abonnement der "Roten Fahne" schon erneuert? Wenn nicht, so bedienen Sie sich bitte des beiliegenden Erlagscheins. Danke!

Sagte nicht bereits Friedrich Engels, daß die in den Händen des bürgerlichen Staates zentralisierte Produktion ihrem Charakter nach kapitalistische Produktion bleibt? Und gehört die von Mao Tsetung im Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus getroffene Feststellung, daß der Machtantritt des Revisionismus den Machtantritt der Bourgeoisie bedeutet, bereits zum "maoistischen" alten Eisen?

Den Grad der Entwicklung des Kapitalismus in den revisionistischen Ländern am Grad der äußerlichen Auflösung sozialistischer Formen messen zu wollen, heißt im Grunde, überhaupt nicht verstanden zu haben, was sich in diesen Ländern ereignet hat.*

In diesem Zusammenhang ist auch der Vergleich mit der Abspaltung des revisionistischen Jugoslawien vom damaligen sozialistischen Lager irreführend, denn damals gab es wirklich ein sozialistisches Lager in Form der sozialistischen Sowjetunion Stalins und einer ganzen Anzahl wirklicher Volksdemokratien, während heute der gesamte "Ostblock" revisionistisch, d.h. dem gesellschaftlichen Charakter nach kapitalistisch ist. Von einem "Loslösungsprozeß" des heutigen Polen von einem sozialistischen Lager kann überhaupt nicht die Rede sein, will man nicht den Klassencharakter der Widersprüche zwischen Polen und den anderen revisionistischen Ländern in sein Gegenteil verdrehen.

Des weiteren halten wir es auch für ganz falsch, die Fäulnis des revisionistischen Regimes in Polen gerade daran nachweisen zu wollen, daß es in Gdansk "Konzessionen" gemacht hat. Denn wäre dieses revisionistische System etwa weniger "faul", wenn es die "unabhängigen Gewerkschaften" nicht zugelassen hätte? Was hat Albanien, was hat die marxistisch-leninistische Weltbewegung, was hat die Sache der proletarischen Weltrevolution davon, wenn die revisionistischen polnischen Führer "hart bleiben" und keine Konzessionen machen ?

Den Gipfel der Darstellung der Ereignisse bildet allerdings die Behauptung, im Grunde sei es der Kampf der Arbeiter gewesen, der die Umwandlung Polens in ein "durch und durch" kapitalistisches Land bewirkt habe. Es kommt gerade so heraus, als ob sich die Arbeiter zwar unter "pseudosozialistischen", aber immerhin doch nicht "restlos" kapitalistischen Verhältnissen mit dem Ziel erhoben hätten, die letzten "Reste" des Sozialismus beiseitezuräumen, um gänzlich kapitalistische Verhältnisse zu schaffen. Ganz in diesem Sinne heißt es in dem Artikel auch, die Arbeiter hätten die Revisionisten "von rechts" (S.36) angegriffen! Ja steht das polnische Revisionistenregime im Vergleich zu dem, was die Streikbewegung der polnischen Arbeiter forderte, denn "links"?

Anscheinend geht das albanische Zentralorgan von der gänzlich falschen Vorstellung aus, ein revisionistisches Regime wie das heutige in Polen sei immer noch besser und stehe ihm immer noch näher als ein solches, das es "restlos kapitalistisch" bzw. "durch und durch kapitalistisch" nennt. Anders ausgedrückt, "Zeri i Populit" unterscheidet zwischen den Verhältnissen im sozialimperialistischen und im westlichen imperialistischen Bereich, wobei es verschieden wertet, nämlich zugunsten der ersteren !

Unserer Meinung nach bedeutet das, die Bedeutung und Auswirkungen der revisionistischen Degeneration grob zu unterschätzen, ja zu beschönigen, immer Grunde immer noch nicht verstanden zu haben.

Die Folgen einer solchen indirekten Parteinahme für den Revisionismus und Sozialimperialismus zeigen sich im "Zeri i Populit"-Artikel in krasser Weise: In der gesamten Darstellung dieses Artikels erscheinen die Streiks von über 300.000 polnischen Arbeitern

---

* Die PdAA propagiert merkwürdigerweise auch nicht, daß die Ursache der heutigen Lage in Polen im dort existierenden revisionistischen, d.h. de facto kapitalistischen System liegt. Als der sich noch an der Parteispitze befindliche Gierek einigen Revisionisten wie Babiuch die ganze Schuld für die Misere in die Schuhe schieben wollte, kommentierte das "Zeri i Popullit" wie folgt:

> "Fehler gab es im Überfluß, doch ihre Quelle und ihre Ursachen sind bei der ganzen Gierek-Gruppe zu suchen, die eine bürgerliche, reaktionäre Politik betrieben hat. Wenn deshalb in Polen jemand von der Partei- und Staatsführung entfernt werden muß, dann ist es vor allem Gierek selbst und seine Komplizen." (Ebenda, S.34)

Nur wenige Tage nach Erscheinen dieses "Zeri i Popullit"-Artikels taten die polnischen Revisionisten genau das, was die PdAA hier als Weg zur Beseitigung der Quellen und Ursachen der "Fehler" empfohlen hatte: sie setzten Gierek ab und säuberten den ganzen Partei- und Staatsapparat schrittweise von all seinen "Komplizen"! Nur, was hat sich dadurch geändert? Es geht eben nicht um diese oder jene revisionistische Führungsgruppe, es geht überhaupt nicht um Personen - es geht um das System!

als rein konterrevolutionäre Angelegenheit, ihre Forderungen als bloßer Ausdruck eines zwischenimperialistischen Konflikts, die ganze Massenbewegung gewissermaßen "vom Ausland" her nach Polen hineingetragen. Die kämpfenden Arbeiter werden dargestellt, als seien sie eine bewußtlose amorphe Masse, die die Reaktion wie eine Schafherde manipulieren kann, um sie "von rechts" gegen die Revisionisten in Bewegung zu setzen.

Sieht man von einigen verbalen Angriffen auf die Revisionisten und Sozialimperialisten ab, könnte der Artikel von "Zeri i Popullit" auch in der "Tribuna Ludu" oder in der "Prawda" erscheinen. Die gesamte Argumentation, einschließlich der Lenin-Zitate, stimmt im Grunde überein.

Bezeichnend ist auch, daß das Zentralorgan der PdAA vom Kampf für das Streikrecht in Anführungszeichen spricht, die geforderten Rechte auf selbstgewählte gewerkschaftliche Organisationen, auf freie Meinungsäusserung usw. teils als "sogenannte", teils als "fiktive" Rechte abtut und von anderen Forderungen, wie etwa Unterlassung oder Zurücknahme von Maßregelungen und Inhaftierungen von Streikenden, überhaupt schweigt (vgl. ebenda S.36). "Zeri i Popullit" setzt sämtlichen politischen Forderungen der Streikbewegung, soweit es diese nicht direkt zurückweist, das Argument entgegen:

> "Welches sind die wirklichen Rechte, für die die Arbeiterklasse kämpfen muß? Vor allem kommt die Frage der Machtergreifung. Nur wenn sie die Macht übernommen und den diktatorischen Apparat der bürgerlichen Staatsmacht vernichtet hat, wenn sie also die Diktatur des Proletariats errichtet hat, kann sich die Arbeiterklasse wirklich die ihr zustehenden Rechte sichern." (Ebenda, S.36)

Offenbar wirft "Zeri i Popullit" hier zwei sehr unterschiedliche Fragen völlig durcheinander: die Frage der Durchsetzung mehr oder minder weitgehender und reeler Rechte und die Frage ihrer dauernden Sicherung. Indem es das einfach in einen Topf wirft, begibt sich "Zeri i Popullit" auf den reichlich primitiven Standpunkt, alle Rechte, Forderungen und Parolen der Arbeiterbewegung seien ein Schmarren - ausgenommen eine einzige, die Machtergreifung. Danach wären natürlich auch alle Massenbewegungen, alle Streiks und Klassenkämpfe bloße Augenwischerei, sofern sie nicht unmittelbar auf die Errichtung der Diktatur des Proletariats abzielen.

Mit dieser ganzen Darstellung und Betrachtungsweise von "Zeri i Popullit" können wir uns überhaupt nicht einverstanden erklären.

Die Bedeutung der Ereignisse in Polen läßt sich nicht auf den Widerspruch zwischen den Imperialisten und den Sozialimperialisten reduzieren, so als gäbe es dort keinen gerechten Kampf der Arbeiter gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker. Das Vorhandensein konterrevolutionärer Momente kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die polnische Arbeiterklasse unter schwierigsten Bedingungen der vollständigen Rechtlosigkeit und ohne eigene Organisation in einem revisionistisch beherrschten Land einen mutigen und opferreichen Kampf für ihre Lebensinteressen aufgenommen hat. Die Streiks wurden nicht, unter demagogischer Ausnützung tatsächlich vorhandener Unzukömmlichkeiten und Krisenerscheinungen, einfach "vom Ausland" aus nach Polen importiert, sondern widerspiegeln die Bereitschaft und Entschlossenheit beträchtlicher Teile des polnischen Proletariats und des polnischen arbeitenden Volkes, für ihre Rechte und Forderungen in einen keineswegs einfachen, sondern höchst schwierigen und gefährlichen Kampf einzutreten.

Als Kommunisten müssen wir klar zwischen einer an ihrer Basis gerechten spontanen Massenbewegung und deren den Bestrebungen der Kämpfenden durchaus nicht zwangsläufig adäquaten Führung unterscheiden.

Wir entlarven die Revisionisten und Reformisten, die reaktionären prowestlichen Elemente, verurteilen aber damit nicht die gesamte Bewegung selbst! Und auch die notwendige Kritik an der Massenbewegung selbst darf nicht dazu dienen, diese zu verdammen, sondern soll ein - wenn auch bescheidener - Beitrag sein, ihr zu helfen, den richtigen Weg einzuschlagen !

Davon ist leider bei der PdAA nichts zu merken. Indem sie die polnische Streikbewegung mit dem Argument, sie greife die Revisionisten nur "von rechts" an, pauschal verurteilt, an ihr lediglich negative Züge sieht und keinerlei positive Momente daran gelten läßt, bezieht sie faktisch an der Seite der Revisionisten Position.

Dieser Standpunkt der PdAA ist um so erstaunlicher, als sie sich ansonsten nicht scheut, pauschal und völlig kritiklos jeden Streik, jede Demonstration udgl. im kapitalistischen Westen zu propagieren, auch wenn sie von Revisionisten und Reaktionären geführt werden. Das geht so weit, daß sie nach dem 1.Mai des letzten Jahres sogar den SPÖ-Umzug vor Kreisky und Benya vor dem Wiener Rathaus als machtvolle Kampfdemonstration der österreichischen Arbeiter vorstellte. Auch die vom DGB in Westdeutschland veranstalteten 1.Mai-Demonstrationen hat die PdAA als "klassenkämpferische Bewegung" gelobt.

Wir können eine solche Einschätzung in keiner Weise teilen. Im Unterschied zu SPÖ- und DGB-Umzügen am 1.Mai (auch wenn sich an den letztgenannten Ernst Aust beteiligt) sehen wir in der großen Streikbewegung der polnischen Arbeiter durchaus revolutionären Zündstoff und Hoffnungen für eine von Revisionismus und Kapitalismus freie Zukunft der polnischen Arbeiterklasse, erblicken wir in ihnen unter neuen, sehr komplizierten Bedingungen erste Gehversuche einer sich mühsam regenerierenden Arbeiterbewegung, die zwar noch in den Kinderschuhen steckt, aber doch in solchen, die - wie Marx einmal sagte - bereits ihre künftige Riesengestalt erahnen lassen.

Wir sind natürlich auch keineswegs der Meinung, daß man als Marxist-Leninist Streikbewegungen in Italien, Frankreich, Westdeutschland oder auch Österreich dann nicht unterstützen dürfe, wenn sie von Revisionisten, Reformisten oder anderen rückschrittlichen Kräften beeinflußt bzw. sogar geführt werden. Allerdings sind wir für kritische Unterstützung und Propagierung. Und wir können überhaupt nicht verstehen, daß die PdAA so offensichtlich zwei grundsätzlich verschiedene Maßstäbe anlegt: im revisionistischen Polen sind Streiks konterrevolutionär, weil "antisozialistische Elemente" ihre Führung innehaben, in den westlichen imperialistischen Ländern sind sie dagegen großartig, wer immer sie führt



Eine der vorgenannten scheinbar diametral gegenüberstehende und nicht minder falsche Sichtweise des polnischen Geschehens lobt euphorisch die Ereignisse in Polen und spielt zugleich alle negativen und problematischen Momente herab. Damit geraten die Vertreter dieser Auffassung direkt ins Fahrwasser der westlichen imperialistischen Demagogie.

In der Berichterstattung der KBÖ-Überreste in ihrem auf Sparflamme reduzierten "Klassenkampf" läßt sich kaum ein Unterschied zur Polen-Berichterstattung der "Kronen"-Zeitung feststellen, so unkritisch und apologetisch traben diese "Drei-Welten"-Revisionisten hinter der Propaganda der bürgerlichen Presse her.

In extrem reformistischer Weise schreiben auch die Patentanwälte für österreichische Landesverteidigung von der Jocha-Gruppe ("VRA") über den Streikkampf in Polen, denn "mit ihm hat nach langen Jahren die Arbeiterklasse eines Landes in Europa wieder den Kampf um die Volksmacht geführt" ("Volksmacht", September 1980, S.1). "Volksmacht" dort und da - was will man noch mehr?

Bemerkenswert ist aber auch die "Einschätzung" der polnischen Ereignisse durch die westdeutsche "KPD" (jetzt ganz ohne "ML") von E.Aust:

In den "RGO-Nachrichten", die unter Federführung der Aust-Gruppe herausgegeben werden, wird in der September-Nummer von 1980 ein an kritikloser Euphorie nicht mehr zu überbietendes Siegesgeschrei erhoben. Zu einem ganzseitigen Titelbild mit Lech Walesa auf den Schultern einer triumphierenden Menge und zur Titelschlagzeile "Kompromißloser Kampf der polnischen Arbeiter" schreibt die Aust-Zeitung:

> "Die Arbeiter Polens haben einen großen Sieg errungen. Sie haben ihre Sache in die eigenen Hände genommen und erreicht, was unter den gegebenen Umständen überhaupt erreichbar war ... Drei-

mal sind die polnischen Arbeiter in den letzten 10 Jahren zum Kampf angetreten ... Im dritten Anlauf haben sie es geschafft, ihre Opfer waren nicht umsonst."

Pech für die Aust-Gruppe, daß sie zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Jubel-Artikels offenbar noch nicht gelesen hatte, was die Bruderzeitung der "RGO-Nachrichten", das albanische Gewerkschaftsorgan "Puna" etwa zur selben Zeit (am 30.September 1980) schrieb und was gleichentags auch über Radio Tirana ausgestrahlt wurde:

"Die Bourgeoisie der westlichen kapitalistischen Länder und ihre opportunistischen und revisionistischen Speichellecker preisen lautstark diese Ereignisse als einen angeblich historischen Sieg."

Wie wird man bei "Zeri i Popullit" und "Puna" erst staunen, wenn man im Aust'schen Gewerkschaftsblatt liest:

"Es gibt nicht wenige, die vor Schreck zusammenzuckten, als sie von der Forderung nach freien Gewerkschaften hörten. Warum eigentlich?"

Die "RGO-Nachrichten" der Aust-"KPD" scheuen übrigens nicht einmal davor zurück, das Triumphgeschrei der westlichen Konterrevolution als für die polnischen Arbeiter "nützlich" zu erklären:

"Die Bedeutung des Kampfes der polnischen Arbeiter wird nicht dadurch geschmälert, daß reaktionäre Elemente im Ausland Beifall klatschten. In gewisser Hinsicht mag sogar das den Streikenden in Polen einen Nutzen gebracht haben." (S.2)

Leider erklärt der Erfinder dieser erstaunlichen Weisheit nicht, welchen Vorteil der Beifall reaktionärer Elemente im Ausland den Streikenden in Polen gebracht habe, wofür die polnischen Arbeiter der westlichen Reaktion also dankbar sein sollten.

Doch wer die Aust-"KPD" näher kennt, hat aufgehört, sich zu wundern - schon gar, wenn es um Polen geht. In der "KPD/ML"-ZK-Erklärung "Deutschland dem deutschen Volk!" ist zum Beispiel mit keinem Wort von der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze die Rede. Ja, die Aust-Gruppe läßt ihrem Chauvinismus ganz ungehemmt die Zügel schießen, indem sie behauptet, das deutsche Volk wünsche "nach wie vor mit allen Landsleuten gemeinsam, ungehindert durch WILLKÜRLICHE staatliche Grenzen (Plural!!) in der angestammten Heimat zu leben" ("Roter Morgen" 5/74, S.6). Damit wird die Oder-Neiße-Grenze offen angegriffen, werden die vom Potsdamer Abkommen beschlossenen Maßnahmen der Umsiedlung deutscher Bevölkerung unter Verwendung der alten faschistischen Terminologie ("angestammte Heimat"!!) unverkennbar attackiert !

Auf seiner Titelseite veröffentlichte das Zentralorgan der PdA Albaniens "ZERI I POPULLIT" am 29.Oktober 80 das albanische Glückwunschtelegramm an den Putschistenhäuptling und faschistischen Militärdiktator der Türkei, General EVREN, in dem auch ihm persönlich "herzliche Grüße" und "beste Wünsche für das Wohlergehen" übermittelt werden!

TELEGRAM

Shkëlqesisë së tij zotit Kenan Evren

Kryetar i Shtetit të Republikës së Turqisë

ANKARA

Festa juaj kombëtare, përvjetori i shpalljes së Republikës së Turqisë, më jep kënaqësinë që në emër të popullit shqiptar, të Presidiumit të Kuvendit Popullor si dhe në emrin tim personal, t'ju dërgoj përshëndetjet e përzemërta dhe urimet më të mira për lumturinë e popullit mik turk dhe Tuajën personale.

Shpreh bindjen se marrëdhëniet miqësore midis Shqipërisë dhe Turqisë do të zhvillohen vazhdimisht edhe në të ardhmen për të mirën e dy popujve tanë.

HAXHI LLESHI
Kryetar i Presidiumit të Kuvendit Popullor të RPS të Shqipërisë

Tiranë, më 28 tetor 1980

Siehe unseren Artikel auf Seite 35

ZU SEINEM 160. GEBURTSTAG :

FRIEDRICH ENGELS – unversöhnlicher Kämpfer gegen den Opportunismus

Vor 160 Jahren, am 28.November 1820, wurde Friedrich Engels, einer der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, geboren. Aus diesem Anlaß erschienen im bürgerlichen und revisionistischen Blätterwald einige Artikel zum "Gedenken" an Friedrich Engels. Insbesondere die revisionistische Presse war bemüht, Engels in einen harmlosen Götzen zu verwandeln, sich vor seinem Namen zu verneigen, um seine revolutionären Lehren weg zu manipulieren bzw. sie als "toten Hund" abzutun. Es ist genau so, wie Lenin die "Ehrerbietungen" der Opportunisten gegenüber den Lehren unserer größten revolutionären Lehrmeister charakterisiert:

"Man vergißt, verdrängt und entstellt die revolutionäre Seite der Lehre, ihren revolutionären Geist. Man schiebt in den Vordergrund, man rühmt das, was für die Bourgeoisie annehmbar ist oder annehmbar erscheint." (Lenin,"Staat und Revolution", Lenin-Werke Bd.25, S.397)

Uns geht es nicht darum, die Zahl der Gedenkartikel um einen weiteren zu vermehren. Wir wollen Engels nicht bloß "gedenken," sondern von ihm lernen und in seinem Sinne handeln, um den aktuellen Aufgaben im Kampf gegen den modernen Revisionismus und den Opportunismus aller Schattierungen gerecht zu werden !

In diesem kurzen Artikel wollen wir nur einen Abschnitt des gigantischen Kampfes von Engels streifen, den die Opportunisten und Revisionisten nach Kräften vertuschen, da er sie selbst in vollem Umfang trifft: wir meinen Engels' unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus, der bereits Ende der Achtziger- und Anfang der Neunziger-Jahre des vorigen Jahrhunderts die Parteien der II.Internationale in unterschiedlichem Ausmaß zu zerfressen begann.

Um den immer dreister werdenden Opportunisten in der II.Inter-



Karl Marx und Friedrich Engels

nationale entgegenzutreten, bestand Engels 1891, vier Jahre vor seinem Tode, energisch darauf, endlich die mehr als 15 Jahre lang in den Schubladen der Führer der deutschen Sozialdemokratie versteckt gehaltene "Kritik des Gothaer Programms" von Marx zu veröffentlichen.

In seiner "Kritik am Gothaer Programm" verteidigte Marx 1875 die Prinzipien des "Kommunisti-

schen Manifests", insbesondere die Diktatur des Proletariats, gegen den opportunistischen Schacher der "Eisenacher" mit den Lassalleanern.

In der Veröffentlichung dieses außerordentlich bedeutsamen Dokuments sah Engels ein hervorragendes Mittel zur Wappnung und Erziehung der Partei und der Massen gegen den aufkommenden Opportunismus, um konsequent dem Leitmotto der Marxschen Kritik am "Gothaer Programm" zu folgen: "Man lasse sich auf keinen Prinzipienschacher ein" !

Als auf Drängen Engels' und unter Überwindung zahlreicher Widerstände in der "Neuen Zeit", dem theoretischen Organ der deutschen Sozialdemokratie, endlich die "Kritik des Gothaer Programms" veröffentlicht wurde, schrieb Engels an Kautsky, den damaligen Chefredakteur der "Neuen Zeit":

"Die Furcht, er (gemeint ist Marx' Brief mit der "Kritik am Gothaer Programm"-AdV) werde den Gegnern eine Waffe in die Hand geben, war unbegründet. Boshafte Insinuationen werden ja an alles und jedes gehängt, aber im ganzen und großen war der Eindruck bei den Gegnern doch die vollständige Verdutztheit über diese rücksichtslose Selbstkritik, und das Gefühl: welch innere Kraft muß eine Partei besitzen, die sich selbst so etwas bieten kann! Das geht aus den von Dir gesandten (...) und mir sonst zugänglich gewordnen Gegnerblättern hervor. Und, offen gesagt, das war auch der Sinn, worin ich das Aktenstück veröffentlichte. Daß es hie und da im ersten Moment sehr unangenehm berühren mußte, das wußte ich, das war aber nicht zu vermeiden, und der sachliche Inhalt wog das in meinen Augen reichlich auf. Und ich wußte, daß die Partei reichlich stark genug war, das zu vertragen, und ich rechnete darauf, daß sie heute diese, vor 15 Jahren gebrauchte Sprache auch vertragen würde; daß man mit gerechtem Stolz auf diese Kraftprobe hinweisen und sagen würde: wo ist die andre Partei, die gleiches wagen darf?" (Brief an Kautsky vom 23.2.1891, in: Marx/Engels, Ausgewählte Werke in 2 Bänden, Bd.II, S.37, Moskau 1950)

Wie kraftvoll und aktuell klingen diese Worte Engels' gegen diejenigen, die nichts mehr fürchten als eine öffentlich ausgetragene Polemik über die brennenden Prinzipienfragen in der marxistisch-leninistischen Weltbewegung !

Engels verschmähte es grundsätzlich, mit seiner Meinung aus "taktischen Rücksichten" hinter dem Berg zu halten. Am 20.Jahrestag der Pariser Kommune, dem 18.März 1891, schleuderte Engels den zunehmend versumpfenden "sozialdemokratischen Philistern" öffentlich die Worte entgegen:

"Der sozialdemokratische Philister* ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats." (Engels' Einleitung zu Marx' "Bürgerkrieg in Frankreich", in: ebenda, Bd.I, S.457)

In nahezu allen europäischen Ländern erhoben die Opportunisten in den letzten Lebensjahren von Friedrich Engels immer frecher ihr Haupt. In Frankreich traten die "Possibilisten" auf, die mit ihrer "Politik des Möglichen" den extremsten Opportunismus verkörperten. In einem

* In der Dietz-Ausgabe von 1963 ist nicht die Rede vom "sozialdemokratischen", sondern vom "deutschen" Philister (vgl. Marx-Engels-Werke, Bd. 22, S.199). Dort wird nach der DRITTEN deutschen Auflage zitiert. Es liegt auf der Hand, daß eben diese sozialdemokratischen Philister damals schon gefälscht haben, da Engels' Polemik sie s e l b e r traf. Dafür gibt es übrigens mehrere Beispiele.

Brief an Sorge charakterisiert Engels in wenigen Worten vollständig das reaktionäre Wesen dieses Opportunismus, gleichzeitig damit den Opportunismus schlechthin kennzeichnend:

"Verkauf des Prinzips an die Bourgeoisie gegen Konzessionen im Detail und namentlich gegen gutbezahlte Posten für die Führer (Stadtrat, Arbeitsbörse etc.)" (Engels an F.A. Sorge, 8.6.1889, in: Marx/Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S.491)

Aber auch in der deutschen Sozialdemokratie, die damals international noch als Vorbild galt, begann sich das revisionistische Krebsgeschwür gefährlich auszubreiten. Als Engels den ersten Entwurf des "Erfurter Programms" zu Gesicht bekam, schrieb er an Kautsky, daß er es für notwendig halte,

"auf den friedfertigen Opportunismus des 'Vorwärts' und das frisch-frommfröhlich-freie 'Hineinwachsen' der alten Sauerei 'in die sozialistische Gesellschaft' loszuhauen." (Engels an K.Kautsky am 29.6.91, in: ebenda, S.517)

In seiner "Kritik des Erfurter Programms" von 1891 liefert uns Engels bereits eine klassische Charakteristik des Opportunismus der II.Internationale: ihr geflissentliches Umgehen brennender Fragen, die mit "Kautschuk-Resolutionen" vertuscht und verkleistert wurden, ihr "allgemeines" Anerkennen des Marxismus in Worten und dessen Entstellung in der Tat usw. Bezugnehmend auf die opportunistische Anpassung der deutschen Sozialdemokratie an die gegebenen Verhältnisse im monarchistischen Deutschland, bezugnehmend auf ihre Preisgabe nicht nur des Kampfes für den Sozialismus, sondern sogar für die demokratische Republik schrieb Engels:

"Dieses Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart willen mag 'ehrlich' gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der 'ehrliche' Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen." ("Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891", Marx-Engels-Werke, Bd.22, S.234/235)

Wo die opportunistischen sozialdemokratischen Führer über diese vernichtenden Kritiken nicht überhaupt hinweggehen konnten, versuchten sie diese nach besten Kräften als nebensächliche Details, als polemisch überspitzte Kritiken an einzelnen Fehlern einzelner Führer zu verniedlichen. Doch für Friedrich Engels waren das durchaus keine Nebensächlichkeiten, sondern Existenzfragen der revolutionären Arbeiterbewegung überhaupt. Deswegen betonte er schon Ende der Siebzigerjahre, als Marx noch lebte und in vollem Einverständnis mit ihm, daß die Duldung und das Umsichgreifen opportunistischer Abweichungen innerhalb der Parteien der modernen Arbeiterbewegung zwangsläufig zur Spaltung führt, daß sich die revolutionären Kräfte vor ihr, wenn es um die Prinzipien geht, nicht fürchten dürfen, sondern aktiv darauf vorbereiten, unter Umständen auch die Initiative dazu ergreifen müssen. Allein in den Briefen, die Friedrich Engels an Bebel schrieb, finden sich dazu immer eindringlichere Mahnungen von Engels, von denen wir einige in Erinnerung bringen wollen.

Als in der deutschen Sozialdemokratie Bernstein, Höchberg und Schramm mit einem skandalös reformistischen gemeinsamen Artikel hervortraten, schrieb Engels an Bebel:

"In einem so kleinbürgerlichen Land wie Deutschland haben diese Vorstel-

lungen sicher ihre Berechtigung. Aber nur a u ß e r h a l b der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Wenn die Herren sich als sozialdemokratische Kleinbürgerpartei konstituieren, so sind sie in ihrem vollen Recht; man könnte dann mit ihnen verhandeln, je nach Umständen Kartell schließen etc. Aber in einer Arbeiterpartei sind sie ein fälschendes Element. Sind Gründe da, sie vorderhand darin zu dulden, so besteht die Verpflichtung, sie n u r zu dulden, ihnen keinen Einfluß auf die Parteileitung zu gestatten, sich bewußt zu bleiben, daß der Bruch mit ihnen nur eine Frage der Zeit ist. Diese Zeit ist übrigens gekommen. Wie die Partei die Verfasser dieses Artikels noch länger in ihrer Mitte dulden kann, erscheint uns unbegreiflich. Gerät aber solchen Leuten gar die Parteileitung mehr oder weniger in die Hand, so wird die Partei einfach entmannt, und mit der proletarischen Schneid ist's am End." (Marx und Engels an A.Bebel, W.Liebknecht, W.Bracke und andere, 17./18.9.1879, in: ebenda, S.41)

"Darüber, daß es eines Tages zu einer Auseinandersetzung mit den bürgerlich gesinnten Elementen der Partei und zu einer Scheidung zwischen rechtem und linkem Flügel kommen wird, habe ich mir schon längst keine Illusion mehr gemacht und dies schon auch in dem handschriftlichen Aufsatz über die Jahrbuchartikel geradezu als wünschenswert ausgesprochen. Daß Du zu derselben Ansicht gekommen bist, kann uns nur sehr erfreulich sein." (21.Juni 1882, ebenda, S.64)

"Darauf aber kannst Du sicher rechnen: Wenn es zu einer Auseinandersetzung mit diesen Herren kommt und der linke Flügel der Partei Farbe bekennt, so gehen wir unter allen Umständen mit Euch und das aktiv und mit offnem Visier." (Ebenda, S.65)

Anfang 1883 wollte ein Teil der Abgeordneten der deutschen Sozialdemokratie für zwei Gesetzvorschläge Bismarcks stimmen. Obwohl es sich um Gesetze handelte, die scheinbar eine Verbesserung brachten (Gewerbeordnung, Krankenversicherung), hielt Friedrich Engels diese beabsichtigte Unterstützung der Demagogie Bismarcks für so katastrophal, daß er an Bebel schrieb:

"Wenn in der Tat einige Abgeordnete für Bismarcksche Gesetze stimmten, also den Tritt in den Hintern mit einem Kuß auf den seinigen beantworteten, und wenn die Fraktion die Leute nicht ausstieß, so wäre ich allerdings ebenfalls in der Lage, mich öffentlich von der Partei loszusagen, die das duldet" (10.Mai, 1883, ebenda S.79).

"Solange die Partei in Deutschland ihrem proletarischen Charakter treu blieb, haben wir alle andern Rücksichten beiseite gesetzt. Jetzt aber, wo die kleinbürgerlichen Elemente, die man zugelassen, offen Farbe bekannt haben, liegt die Sache anders. Sobald ihnen erlaubt wird, ihre kleinbürgerlichen Vorstellungen stückweise in das Organ der deutschen Partei einzuschmuggeln, wird uns dadurch das Organ einfach verschlossen." (16.Dezember 1879, ebenda S.51)

Engels war durchaus nicht der Meinung, daß man die tiefen Meinungsverschiedenheiten, die schon in den Achzigerjahren innerhalb der deutschen und anderen sozialdemokratischen Parteien hervortraten und die Engels als Differenzen zwischen den proletarischen Massen und der opportunistischen, zunehmend verbürgerlichten Führung einschätzte, möglichst geheimhalten und vertuschen sollte. Im Gegenteil, er begrüßte ausdrücklich das zunehmende

"... Bewußtsein in der Partei, daß es zwei Strömungen in ihrem Innern gibt, von denen die eine den Massen, die andre der Mehrzahl der sg. Führer die Richtung gibt, und daß diese Richtungen mehr und mehr auseinandergehn müssen. Das wird die später kommende Spaltung vorbereiten, und das ist ganz gut." (24.Juli 1885, ebenda, S.112)

Während die opportunistischen Führer - nicht nur in der deutschen Sozialdemokratie - eine Prinzipienlosigkeit nach der anderen begingen und damit eine Provokation nach der anderen starteten, versäumten sie nicht, die Notwendigkeit der "Einheit" der Partei zu beschwören und sie als höchstes Gut zu preisen. Sie taten so, als ob nicht ihre opportunistischen Abweichungen, sondern nur der offene Kampf dagegen die "Einheit" gefährde und auch nicht wenige der ehrlichen, klassenbewußten Kräfte fielen auf diesen Trick herein. Doch Engels ließ sich vom "Einheitsgeschrei" der Opportunisten nicht im geringsten beeindrucken, und tat auch alles, um Bebel, der in dieser Richtung Schwankungen zeigte, den Rücken zu stärken:

"Man muß sich durch das Geschrei nach 'Einigung' nicht beirren lassen. Die dieses Wort am meisten im Munde führen, sind die größten Zwietrachtstifter ... Diese Einigungsfanatiker sind entweder beschränkte Köpfe, die alles in einen unbestimmten Brei zusammenrühren wollen, der sich bloß zu setzen braucht, um die Unterschiede in viel schärferem Gegensatz wiederherzustellen, weil sie sich dann in einem Topf befinden (in Deutschland haben Sie ein schönes Exempel an den Leuten, die die Versöhnung der Arbeiter und Kleinbürger predigen), oder aber Leute, die die Bewegung unbewußt (...) oder bewußt verfälschen wollen. Deswegen sind die größten Sektierer und die größten Krakeeler und Schurken in gewissen Momenten die lautesten Einigungsschreier. Mit niemandem haben wir in unsrem Leben mehr Last und Tück gehabt als mit den Einigungsschreiern." (20.Juni 1873, ebenda S.11)

"Einigung ist ganz gut, solange sie geht, aber es gibt Dinge, die höher stehen als die Einigung. Und wenn man wie M(arx) und ich unser ganzes Leben lang mehr die angeblichen Sozialisten bekämpft haben als sonst jemand (denn die Bourgeoisie nahmen wir nur als K l a s s e und haben uns auf Einzelkämpfe mit Bourgeois fast nie eingelassen), so kann man sich eben nicht sehr darüber grämen, daß der unvermeidliche Kampf ausgebrochen ist." (22.Dezember 1882, ebenda S.70)

Wohlgemerkt - Friedrich Engels schrieb alles das und nahm einen solchen mit jeglichem Opportunismus absolut unversöhnlichen Standpunkt ein in einer Zeit, in der dieser erst seine ersten "Blüten" trieb und die im übrigen die "Glanzzeit" der sozialdemokratischen Parteien war! Wie hätte er wohl reagiert, als der Opportunismus diese Parteien nach der Jahrhundertwende restlos erfaßte und ihren Charakter endgültig veränderte? Was hätte er gesagt, angesichts des offenen Verrats der Führer der Sozialdemokratie im August 1914, als sie sich im imperialistischen Krieg auf die Seite "ihrer" Imperialisten stellten? Doch man muß garnicht so weit zurückgreifen. Stellen wir uns vor, wie ein Revolutionär vom Format Friedrich Engels auf das reagieren würde, was die einzelnen Spielarten des modernen Revisionismus und des Opportunismus sich in unseren Tagen leisten! Stellen wir uns das vor und versuchen wir zu handeln, wie Engels es getan hätte.

IN INNSBRUCK UND IN WIEN:

KÄMPFERISCHE AKTIONEN GEGEN DIE FASCHISTISCHE MILITÄRDIKTATUR IN DER TÜRKEI UND GEGEN DIE IMPERIALISTISCHE "TÜRKEI-HILFE"!

Ende Oktober/Anfang November führten Antifaschisten und Antiimperialisten aus der Türkei, Mitglieder der FÖDERATION DER ARBEITER UND JUGENDLICHEN AUS DER TÜRKEI IN ÖSTERREICH (ATIGF/KK), in Innsbruck und Wien fünftägige Hungerstreiks durch. Im Anschluß daran wurden in beiden Städten Demonstrationen gegen den Faschismus in der Türkei und gegen die ihn stützenden imperialistischen Mächte organisiert.

Mitglieder und Sympathisanten der MLPÖ beteiligten sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung dieser kämpferischen Aktionen. Die MLPÖ verteilte darüberhinaus zwei Flugblätter, die insbesondere den imperialistischen Charakter der sogenannten "Türkei-hilfe" entlarven, zu der die österreichische Bourgeoisie hunderte Millionen Schilling beischießt.

In W i e n beteiligten sich neben der ATIGF/KK, der marxistisch-leninistischen Zeitschrift aus der Türkei PARTIZAN, der MLPÖ, auch die Union der Afghanen und der afghanischen Studenten in Wien (Mitglied der GUAFS), die ISO (Mitglied der CISNU) sowie der ISV (Mitglied der CISNU) an den Aktivitäten. Im Namen dieser Organisationen wurde auch ein gemeinsamer Aufruf zur Demonstration herausgegeben.

Mit nur etwa 120 Teilnehmern entsprach die Demonstration nicht ganz den Erwartungen und der breiten Mobilisierung, die ihr vorausging. Insbesondere die ausgesprochen dürftige Beteiligung österreichischer Antifaschisten zeigt, wieviel Arbeit noch zu tun ist, um in der fortschrittlichen österreichischen Öffentlichkeit ein wirklich internationalistisches Bewußtsein und die Bereitschaft zu praktischer Solidarität zu wecken.

In Wien hatte sich in letzter Minute noch die "Halkin Kurtulusu"-Gruppe der Demonstration angeschlossen, die auch die gemeinsame Abschlußrede "vorbehaltslos" unterstützte. Man fragt sich dabei bloß, was in den Köpfen von Leuten vor sich gehen muß, die gestern noch die MLPÖ, PARTIZAN und ATIGF/KK als "Provokateure" beschimpften und sich heute deren Aktivitäten "vorbehaltslos" anhängen ?!

In I n n s b r u c k fand nach sehr vielen Jahren mit dieser internationalistischen antiimperialistischen Demonstration zum ersten Mal wieder eine revolutionäre kämpferische Demonstration statt. Und sie wurde gleich ein guter Erfolg ! Mehr als 300 Teilnehmer, zum ganz überwiegenden Teil Antifaschisten aus der Türkei, zogen am 8.11.1980 mit antiimperialistischen Transparenten, mit kämpferischen Sprechchören und unter Singen revolutionärer Lieder durch die Innsbrukker Innenstadt.

Dabei unternahmen die reaktionären Organe des "demokratischen" österreichischen Staates alles mögliche, um die Durchführung der Demonstration zu behindern. Zu den Schikanierungsmaßnahmen gehörte eine Einschränkung der vorgesehenen Demonstrationszeit, das Verbot von Zwischenkundgebungen oder jeglicher "Stops". Zur "Wahrung des öffentlichen Wohls" gingen sie sogar so weit, willkürlich einschneidende Änderungen an der Demonstrationsroute vorzunehmen und erklärten völlig unwichtige Nebenstraßen zu "Hauptverkehrsadern". Unverschämt wurde erklärt, der Eingang des ÖGB-Hauses müsse unbedingt freigehalten werden, da bei der Demonstration "von einem Anliegen der gesamten türkischen Arbeitnehmerschaft nicht die Rede sein kann" (aus dem "Bescheid").

Nach Ansicht dieser Herren müssen erst die auch in Tirol und Vorarlberg unter der Obhut des österreichischen Staates ihr Unwesen treibenden faschistischen "Grauen Wölfe" mitmarschieren, damit von einem "Anliegen der gesamten türkischen Arbeitnehmer" die Rede sein kann ?!

Für die Demonstration selbst boten die Behörden des österreichischen Staates nicht weniger als 300 "Ordnungshüter" auf, 150 im Einsatz und 150 in Reserve ! Im Vergleich dazu wurden anläßlich einer Zivildienstdemonstration am 25.10.1980 nur 20 Polizisten aufgeboten ! Das zeigt den reaktionären Chauvinismus des österreichischen Staates, für den die ausländischen Arbeiter sofort "gefährliche Subjekte" sind, wenn sie außer für die einheimischen Kapitalisten zu schuften antifaschistisch und antiimperialistisch aktiv werden !

In der "Stattzeitung rotes dachl" des innsbrucker VSSTÖ (Studentenorganisa-



tion der SPÖ) heißt es im Bericht über die Demonstration, "besonders bedauerlich" sei es, daß es ausgerechnet ein SPÖ-Mitglied gewesen ist (nämlich Innsbrucks Polizeidirektor Dr. Mendl), unter dessen Regie in Innsbruck alles getan wird, "demokratische Rechte stückweise abzuschaffen" (rotes dachl, Nr.87, S.5).

Darauf können wir nur antworten: diese Tatsache ist nicht mehr und nicht weniger "bedauerlich" wie die Tatsache, daß die SPÖ-Regierung österreichische Waffen weltweit an faschistische und reaktionäre Regimes verkaufen läßt, sie ist nicht mehr und nicht weniger "bedauerlich" als die Tatsache, daß die SPÖ-Regierung die werktätigen Massen durch immer maß-



losere Steuerlasten schröpft usw. Das "Bedauerliche" ist nichts anderes als die Tatsache, daß die SPÖ-Regierung S a c h v e r w a l t e r des österreichischen M o n o p o l k a p i t a l s ist. Dieser imperialistische Klassencharakter der SPÖ-Regierung bedingt n o t w e n d i g e r w e i s e ihr reaktionäres Auftreten in allen Bereichen der Außen- und Innenpolitik. Dem Kapitalismus in seinem höchsten und letzten Stadium, dem Imperialismus, wohnt eben nicht der Drang nach "Freiheit und Demokratie" inne. Der Imperialismus hat vielmehr die Tendenz zur Reaktion auf der ganzen Linie, auch und gerade im SPÖ-regierten Österreich !

Auch die reaktionäre österreichische Presse zeigte gegenüber den kämpferischen Aktivitäten der Antifaschisten aus der Türkei ihren wahren Charakter einmal mehr sehr deutlich. Obwohl



sämtliche "renommierten" Zeitungen Österreichs zu den Pressekonferenzen während der Hungerstreiks in Wien und Innsbruck eingeladen wurden und durch entsprechende Aussendungen verständigt waren, hielt es nicht eine für nötig zu erscheinen.

Nur anläßlich der Demonstration in Innsbruck ließ die "Tiroler Tageszeitung" unter der bezeichnenden Überschrift "Toleranzprobe" übelste Hetze vom Stapel. Mit Worten wie "da platzte vielen Innsbruckern fast der Kragen" ließ dieses Sprachrohr großbürgerlicher Reaktion keinen Zweifel daran, daß es die Wahrnehmung eines bürgerlich-demokratischen Rechts geradezu als Unerhörtheit betrachtet, zumal wenn es sich um ausländische Antifaschisten handelt !

Doch auch wenn der Hungerstreik aufgrund des systematischen Totschweigens in den bürgerlichen Medien in der österreichischen Öffentlichkeit leider ohne breiteres Echo geblieben ist, waren er und die mit ihm verbundenen Aktivitäten insgesamt gesehen für alle Beteiligten ein Erfolg. Sie bewiesen praktisch, daß auch in Österreich einheimische und ausländische Antifaschisten gemeinsam dem Faschismus und seinen imperialistischen Oberherren, sei es in der Türkei oder anderswo, den energischen K a m p f angesagt haben, den sie mit der Gewißheit des schließlichen Sieges unserer gerechten Sache weiterführen !

Die große Bedeutung der internationalen proletarischen Solidarität bringt die nachstehend abgedruckte G r u ß a d r e s s e zum Ausdruck, die im Namen der BGI/ML, Symathisanten der MLPÖ, auf der Schlußkundgebung in Innsbruck verlesen wurde.

★

Genossen, Freunde aus der Türkei und Österreich, Kolleginnen und Kollegen !

Heute haben wir gemeinsam demonstriert, um gegen den faschistischen Militärputsch in der Türkei zu protestieren, um gegen die "Türkei-Hilfe" der österreichischen Imperialisten zu protestieren, um unsere Solidarität mit dem Volk der Türkei zum Ausdruck zu bringen.

Diese Demonstration ist nicht unsere erste gemeinsame Veranstaltung: Im März dieses Jahres haben wir versucht, mit einer Foto-Ausstellung und einem Informationsabend auf die imperialistische Unterdrückung des Volkes der Türkei in seiner Heimat wie auch bei uns hier in Österreich hinzuweisen.

Das gleiche Ziel verfolgten die Genossen und Freunde aus der Türkei in der letzten Oktoberwoche mit einem einwöchigen Hungerstreik.

Für uns, die BGI/ML, Sympathisanten der MLPÖ, bedeutet diese Demonstration nicht nur eine Solidaritätsbekundung für den Kampf des Volkes aus der Türkei gegen Faschismus und Imperialismus.

Es bedeutet viel mehr.

Wir haben in den Monaten unserer Zusammenarbeit mit den Genossen aus der Türkei erfahren, wie sehr wir von dem revolutionären Einsatz, von dem beispielhaften Mut und dem revolutionären Instinkt unserer ausländischen Freunde lernen können und müssen !

Bedingt durch unsere eigene quantitative Schwäche, wie auch durch unsere geringe Erfahrung in der revolutionären Bewegung waren wir des öfteren versucht, uns vor manchen Problemen und Schwierigkeiten zu verstecken und zurückzuweichen.

Es war in allererster Linie das Beispiel unserer Genossen und Freunde aus der Türkei, das uns dabei stärkte und half, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Geholfen hat uns aber auch die große Unterstützung, die wir durch die Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs, die MLPÖ, erfahren haben, die in vielen Ausgaben der "Roten Fahne" über die Türkei und den österreichischen Imperialismus informierte und uns auch personelle Unterstützung gewährte.

Auch in diesem Sinne also, im Sinne des voneinander Lernens und sich gegenseitig Schulens sind wir fest davon überzeugt, daß diese Demonstration nicht die letzte gemeinsame Veranstaltung sein wird und daß wir unsere internationalistische Zusammenarbeit fortsetzen und verstärken werden !

Es lebe die ATIGF/KK !

Es lebe die kämpferische Solidarität zwischen der österreichischen Arbeiterklasse und der Arbeiterklasse der Türkei !

Stärkt die MLPÖ !

Es lebe PARTIZAN !

Kämpfen wir gemeinsam noch entschlossener und konsequenter gegen unsere gemeinsamen Feinde und für unsere gemeinsame große Sache !

Es lebe der proletarische Internationalismus !

****

MERKWÜRDIGE SCHRITTE DER ALBANISCHEN AUSSENPOLITIK

In ihren programmatischen Erklärungen zur Außenpolitik haben die albanischen Partei- und Staatsführer in den letzten Jahren mehrfach betont, daß ihre Regierung mit bestimmten Ländern prinzipiell k e i n e diplomatischen und anderen Beziehungen aufzunehmen für richtig hält. Zu diesen Ländern, mit denen Albanien diplomatische Beziehungen für unzulässig hält, gehören neben jenen, mit denen Albanien unmittelbare Konflikte hat, vor allem die USA, die Sowjetunion sowie alle f a s c h i s t i s c h e n Staaten. In seiner international weit verbreiteten Wahlrede vom 8. November 1978 drückte der 1. Sekretär des ZK der PAA, Enver H o x h a, dieses Prinzip der albanischen Außenpolitik wie folgt aus:

"Wir unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu den amerikanischen Imperialisten, den sowjetischen Sozialimperialisten und den faschistischen Staaten und werden nie welche haben" ("Albanien schreitet sicheren Schritts und unerschrocken voran", Verlag "8 Nentori", Tirana 1978, Seite 11).

Auffallend war allerdings, daß Enver Hoxha gerade in der selben Rede die "freundschaftlichen Beziehungen" Albaniens zur T ü r k e i besonders hervorhob und seiner Befriedigung über die albanienfreundliche Haltung "maßgebender türkischer Persönlichkeiten" Ausdruck gab.

Einige Wochen später lobte auch der albanische Ministerpräsident Mehmet S h e h u die sehr engen und besonders freundschaftlichen Beziehungen Albaniens zur türkischen Regierung, rühmte das "Wohlwollen und die freundschaftliche Haltung der türkischen offiziellen Kreise...Albanien gegenüber" und versicherte, Albanien werde alles tun, um diese guten Beziehungen "weiter und fortwährend zu festigen". (Rede am 25. 12.1978 laut "Albanien heute" 1/1979, Seite 46).

Dieses hohe Lob der türkischen Regierung hinderte Mehmet Shehu nicht, bei anderen Anlässen, so z.Bsp. in seiner Rede zum 35.Jahrestag des Sieges der albanischen Volksrevolution am 28.11. 1979, neuerlich zu versichern, daß Albanien k e i n e Beziehungen zu Ländern für gerechtfertigt halte, in denen

"Faschisten oder Rassisten herrschen" ("Albanien heute" 6/1979, Seite 25).

Wollte man nicht von vornherein annehmen, daß die Führer der albanischen Partei und des albanischen Staates mit gespaltener Zunge reden und daß ihre politische Praxis sich den Teufel um ihre Theorien kümmere, gab es nur e i n e plausible Erklärung, nämlich daß die PAA die Türkei von 1978/79 nicht als faschistischen, sondern als im großen und ganzen bürgerlich-demokratischen Staat betrachtete.

Was die MLPÖ betrifft, hielt und hält sie den albanischen Standpunkt in diesen Fragen in zweifacher Beziehung für f a l s c h :

a) Wir sind n i c h t der Meinung, daß ein sozialistischer Staat zu faschistischen Staaten unter keinen Umständen diplomatische Beziehungen haben dürfe. Weder Lenin und Stalin, noch die III.Internationale haben je eine solche im Grunde oberflächliche Forderung, die zwischen "bürgerlich-demokratischen" und faschistischen Staaten eine unüberbrückbare Kluft aufreißt, gestellt. Und wir meinen nicht, daß die PAA Lenin, Stalin und die ganze III.Internationale diesbezüglich als prinzipienlos hinstellen möchte.

b) Wir sind zweitens n i c h t der Ansicht, daß man die Türkei der Jahre 1978/79 und danach als Staat betrachten und behandeln kann, der sich prinzipiell von einem faschistischen Staat unterscheidet.

In der Türkei herrschte 1978 und 1979 bekanntlich das Regime der "Republikanischen Volkspartei" (CHP) unter E c e v i t , dessen armselige Fassaden des bürgerlichen Parlamentarismus immer aufs neue durch blutige Gemetzel gegen das arbeitende Volk zum Einsturz gebracht wurden, ein Regime der systematischen Aufpäppelung offizieller und inoffizieller faschistischer Bürgerkriegsgarden, ein Regime hemmungslosen Waffengebrauchs gegen das Volk und entsetzlicher faschistischer Pogrome.

Wenige Wochen nach der Rede Enver Hoxhas vom 8.November 1978, in der er einerseits die guten Beziehungen Albaniens zum Ecevit-Regime rühmte und andererseits Beziehungen zu faschistischen Regimes grundsätzlich ablehnte, fand eines der schlimmsten faschistischen Massaker in der an solchen Blutbädern wahrlich nicht armen Geschichte der Türkei statt: das Massaker von Kahramanmarasch, bei dem mehrere hundert Menschen im Zusammenwirken staatlicher und privater faschistischer Mordbanden regelrecht abgeschlachtet wurden. Die albanische Partei und Regierung haben dieses in den fortschrittlichen Kreisen der ganzen Welt mit größter Empörung aufgenommene Ereignis keineswegs zum Anlaß genommen, ihre Einschätzung des Regimes der Türkei zu überprüfen - sie haben ihrem Volk darüber nichteinmal berichtet.

Doch nehmen wir einmal an, die PAA sei damals über die Verhältnisse in der Türkei falsch informiert gewesen, sie habe die Analysen der TKP/ML über den faschistischen Charakter des Ecevit-Regimes nicht gekannt oder nicht für richtig gehalten - möglicherweise auch unter dem Einfluß der opportunistischen türkischen Gruppe "Halkin Kurtulusu", welche die PAA bald darauf als ihre Bruderpartei erkürte - somit also zeitweilig einer F e h l e i n s c h ä t z u n g zum Opfer gefallen. Ein solcher Fehler könnte vorkommen und wäre dann nicht allzu katastrophal, wenn er beizeiten erkannt und korrigiert würde - vor allem, wenn die Ereignisse selbst immer neue Fakten erbringen, die die Wahrheit enthüllen.

Solche Fakten gab es in der Türkei in der Folge j e d e M e n g e. Ende 1978 ließ Ecevit anstelle des faktischen, nicht ausdrücklich erklärten Ausnahmezustands in den 13 wichtigsten Provinzen der Türkei ganz offiziell den Ausnahmezustand und das Kriegsrecht verhängen. Zwei Monate später dehnte er es noch auf 6 weitere Provinzen aus, füllte die Gefängnisse mit Antifaschisten und gab den MHP- und MSP-Faschisten noch mehr grünes Licht. Die Folge war, daß diese Faschisten bei den Wahlen vom Oktober 1979 der sogenannten "Gerechtigkeitspartei" zum Sieg verhalfen und das D e m i r e l -Regime zustande kam, das den faschistischen Terror noch weiter verschärfte. In der Regierungszeit Demirels kam auch die albanische "Bruderpartei" in der Türkei, die Gruppe "Halkin Kurtulusu", endlich zur Feststellung, daß man es im Land mit

einem f a s c h i s t i s c h e n Regime zu tun hat, das sich bloß einer lächerlich rudimentären parlamentarischen Maskerade bedient. Nicht so jedoch die PAA und die albanische Regierung, die in ununterbrochener Folge Würdenträger des türkischen Regimes in ihr Land einluden und dort als Repräsentanten eines freiheitsliebenden, souveränen Volkes herumreichten.

Die opferreichen Kämpfe der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung der Türkei gegen das terroristische Ausbeuterregime der Kompradoren und Großgrundbesitzer nahmen nach Demirels Machtantritt weiter zu - und dieser antwortete mit noch massiveren Verhaftungswellen, noch mehr Polizei- und Armee-Einsätzen, mit noch blutigerem Terror. Eine vorläufigen Höhepunkt erreichten die Klassenkämpfe bekanntlich um die Jahreswende 1979/1980. Im Dezember 1979 kam es in Istanbul, Ankara, Izmir und anderen Städten trotz des Ausnahmezustands und des Verbots aller Versammlungen und Kundgebungen zu machtvollen Demonstrationen des arbeitenden Volkes gegen die faschistische Unterdrückung. Demirel setzte mehr Truppen ein als je zuvor. 15 Tote selbst nach offiziellen Angaben, hunderte Verletzte, über 2.000 Verhaftungen, viele tausende Maßregelungen waren die Bilanz, doch die Bewegung war nicht niederzuschlagen. Im Jänner 1980 begann die grandiose Streikbewegung der Arbeiter von Taris (Izmir). Fünfzehn Tage lang hielten die Arbeiter trotz massiver Einsätze des staatlichen Gewaltapparats die Fabrik besetzt. Erst als die Regierung eine ganze Armee von 10.000 Soldaten mit Panzern und modernstem Kriegsgerät einsetzte, konnte die Fabrik gestürmt werden und begann eine grausame Rache gegen die Arbeiter.

Und wie reagierte die PdA Albaniens?

In seiner großen Rede auf dem 5.Kongreß der Demokratischen Front Albaniens hatte zwar Ramiz A l i a , Sekretär des ZK der PAA, den allzeit konsequenten, prinzipienfesten und unversöhnlichen Kampf Albaniens gegen jegliche Reaktion, seine ständige Hilfe für das Proletariat und alle fortschrittlichen Kräfte der Welt, seine besondere Solidarität "mit allen, die gegen Faschismus, für Demokratie und Fortschritt kämpfen", in leuchtenden Farben gemalt, doch wie äußerte sich das im Fall der heldenhaften Arbeiter von Taris/Izmir, im Fall der großen revolutionären Kämpfe der arbeitenden Massen der Türkei gegen die faschistische Diktatur überhaupt? Auch über die Klassenkämpfe um die Jahreswende 1979/80 berichteten die albanischen Massenmedien nichts, das albanische Volk erfuhr darüber kein Wort. Statt dessen begann die enge wirtschaftliche, kulturelle und auch politische Zusammenarbeit Albaniens mit dem türkischen Regime noch intensivere, über das gewöhnliche Maß weit hinausgehende Formen anzunehmen:

- Am 22.Mai 1980 wurde in Ankara zwischen der staatlichen albanischen Nachrichtenagentur ATSh und der offiziellen Nachrichtenagentur des faschistischen Demirel-Regimes ein K o o p e r a t i o n s v e r t r a g unterzeichnet, der eine weitgehende Zusammenarbeit der beiden Nachrichtendienste vorsieht. Daß das albanische Volk angesichts einer solchen Kooperation zwischen ATSh und Demirels Beauftragten für "Information und Pressewesen" auch weiterhin kein Sterbenswörtchen über die tatsächlichen Verhältnisse in der Türkei und die dortigen Klassenkämpfe erfahren wird, liegt auf der Hand.

- Im Mai und Juni 1980 entsandte Albanien das große Volkskunst-Ensemble der albanischen Hauptstadt zu einem ausgedehnten Freundschaftsbesuch in die Türkei, dessen Begleitumstände für die fortschrittlichen Kräfte dieses Landes ein Schlag ins Gesicht waren. Ein Gastspiel und ein anschließendes großes Bankett mit den Honoratioren der Stadt und Regierungsvertretern wurde auch in I z m i r veranstaltet, wobei die albanischen Vertreter hohe Lobesworte und große Blumengebinde eben von jenen Kreaturen entgegennahmen, die nicht lange zuvor in die streikenden und demonstrierenden Arbeiter zu schießen befohlen hatten und an deren Händen noch das Blut dieser Arbeiter klebte. Das offizielle Albanien empfand diese öffentliche Verbrüderung durchaus nicht als peinlich, sondern begeisterte sich in mehreren ATSh-Aussendungen und Zeitungsberichten über die aus solchen

Händen erhaltene Anerkennung. Im Fall des Stadtoberhaupts von Istanbul fand es die albanische Nachrichtenagentur sogar hervorhebenswert, daß der dortige Faschistenhäuptling den Albanern einen "großen Korb mit roten Rosen" überreichen ließ. Man kann sich vorstellen, welche Wirkung solche Demonstrationen auf die antifaschistischen und revolutionären Kräfte der Türkei haben, auf die Familien der Opfer des Regimes, auf die tausenden Antifaschisten und Kommunisten, die in den türkischen Kerkern sitzen, dort geschunden und gefoltert werden!

● Am 10.Juni 1980 wurde zwischen der offiziellen, unter Führung der PAA stehenden albanischen Schriftsteller- und Künstler-Vereinigung und der Schriftsteller- und Journalistenorganisation des Demirel-Regimes ein Zusammenarbeitsabkommen unterzeichnet und auf einem anschließenden Bankett mit führenden Politikern, Journalisten, Schreiberlingen und sonstigen Bütteln des türkischen Establishments gefeiert. Die ATSh hatte den Geschmack, am 12.Juni dazu stolz zu berichten, daß die Vertreter der offiziellen Türkei beim Bankett den Leistungen der albanischen Regierung auf dem Gebiet, auf dem man nun noch enger zusammenarbeiten werde, höchste Anerkennung gezollt hätten.

Bald danach kam der 12. September 1980, der Tag, an dem die herrschenden Klassen der Türkei auch die letzten kläglichen Reste parlamentarischen Zierats über Bord warfen, das Militär unmittelbar die Regierungsgewalt übernahm und General Evren die offene und uneingeschränkte faschistische Militärdiktatur proklamierte.

Wir wollen nicht darüber streiten, ob es tatsächlich möglich war, daß jemand das Demirel-Regime für "demokratisch" hielt bzw. das türkische Regime noch im Sommer 1980 nicht als faschistisch erkannte. Jetzt aber - nach der Auflösung des Parlaments, der Annulierung der Verfassung, des Verbotes aller gewerkschaftlichen und anderen Arbeiterorganisationen, der Ausdehnung des Ausnahmezustandes bis in die äußersten Winkel des Landes, nach dem Start einer beispiellosen antikommunistischen Pogromhetze, der wilden Jagd auf alles, was auch nur im leisesten Verdacht der Fortschrittlichkeit stand, nach Wellen von Verhaftungen, Massenverhören und Standrechtsverfahren - jetzt mußte auch dem naivsten Beobachter klar sein, womit man es zu tun hatte. Korrigierten wenigstens jetzt die PAA und die albanische Regierung ihre Einschätzung des Regimes in der Türkei und dementsprechend auch ihre Haltung zu ihm?

<u>Sie taten es nicht, sondern intensivierten sogar noch ihre Beziehungen zu diesem Regime!</u> Nicht nur, daß sie alle bestehenden Zusammenarbeitsverträge aufrecht hielten, kam im November 1980 noch ein Vertrag über die Zusammenarbeit des albanischen Radios und Fernsehens mit diesen Institutionen der türkischen faschistischen Militärdiktatur hinzu (siehe ATSh vom 23.November 1980)! Wie die albanische Agentur weiter berichtete, wurde eine albanische Delegation aus diesem Anlaß vom "Kulturminister" der Junta empfangen und hatte mit ihm "ein freundschaftliches Gespräch".

Kaum zwei Monate nach dem Militärputsch Evrens, am 29.Oktober 1980, hielten es die beiden wichtigsten albanischen Zeitungen, "Zeri i Popullit" und "Bashkimi", für angebracht, dem türkischen Nationalfeiertag längere Festtagsartikel zu widmen, in denen kein einziges Wort über die Tatsache des Militärputsches, geschweige denn ein Wörtchen der Kritik daran oder der Distanzierung davon enthalten ist, dafür aber ein uneingeschränkter Lobgesang über die unter Führung und im Geiste von Kemal Atatürk angeblich errungenen Erfolge, über die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Albanien und der Türkei, für deren weiteren Ausbau alle Voraussetzungen bestünden usw. Die Türkei unter Evren wird in diesen Artikeln unverkennbar als souveränes, geradezu als antiimperialistisches und fortschrittliches Land dargestellt - als ob es auf seinem Territorium nicht von amerikanischen Stützpunkten wimmeln würde, als ob es nicht NATO-Brückenkopf wäre, als ob dort ein freies Volk auf freier Erde lebte!

Wohl die schlimmste Prinzipienlosigkeit stellt aber das offizielle albanische Glückwunschtelegramm dar, das der Vorsitzende des Präsidiums der albanischen Volksversammlung, Haxhi Lleshi, am 29. Oktober 1980 dem türkischen faschistischen Militärdiktator Evren sandte. <u>Es ist darin nicht nur von herzlichen Grüßen und besten Wünschen für das Wohlergehen des türkischen Volkes, sondern auch für den Faschistenhäuptling persönlich die Rede</u> (ATSh vom 29.10.1980)!

*

Die gegenwärtige albanische Außenpolitik, wie sie sich in ihrem Verhältnis zum faschistischen Regime der Türkei zeigt - aber auch in einer Reihe von anderen Fragen, auf die wir noch zu sprechen kommen werden - ruft unweigerlich ähnliche Erscheinungen ins Gedächtnis, die wir seinerzeit bei China erlebten - sein Verhältnis zum Schahregime, zur Putschistenclique Pinochets usw.

Die MLPÖ hat damals lange Zeit versucht, ihre Bedenken niederzukämpfen, "taktische" Notwendigkeiten anzunehmen, zu rechtfertigen, wo es nur ging, oder einfach zu schweigen, wo es wirklich nicht mehr ging. Heute ist klar, daß diese Haltung falsch und verhängnisvoll war, daß wir energisch und offen unsere Einwände und Bedenken hätten aussprechen müssen!

Man muß es verstehen, aus Fehlern zu lernen! Deswegen werden wir im Fall Albaniens die Fehler nicht wiederholen, die wir im Falle Chinas machten!

F.St.

Und dennoch unterstreichen wir:

OHNE UMFASSENDE BEWEISE IST EINE FUNDIERTE NEUEINSCHÄTZUNG DER PdA ALBANIENS UNMÖGLICH!

In seinem 8.Plenum hat das ZK der TKP/ML erklärt, daß die PdAA eine systematisierte antimarxistisch-leninistische Linie entwickelt hat:

> "Diese Linie, die die PdAA unter dem Namen 'Kritik der Mao-Tsetung-Ideen' vorgebracht hat, ist der alten PdAA (und wir haben sie als marxistisch-leninistisch anerkannt und viel von ihr gelernt), ihren 7.Parteitag eingeschlossen, der marxistisch-leninistischen PdAA-Linie von Grund auf entgegengesetzt. Diese zwei Linien schließen einander aus.
> In der heute angelangten Phase ist diese anti-marxistisch-leninistische Linie in der PdAA gänzlich beherrschend geworden <u>und die PdAA ist zu einer revisionistischen Partei geworden.</u>"
> ("8.Plenum des ZK der TKP/ML": Dokument 1: Eine wichtige Mitteilung an die Proletarier und unterdrückten Völker aller Länder)

Wir meinen, daß man es sich in einer Frage von solcher Tragweite nicht so leicht machen darf. Um solche weitreichenden Feststellungen machen zu können, müßte eine ausführliche und beweiskräftige Analyse vorausgegangen sein, was unseres Wissens zu dieser Zeit noch nicht der Fall war.

Vor allem meinen wir, daß bei einer Einschätzung der heutigen Realität Albaniens, seiner Politik im Inneren und seiner Außenpolitik unbedingt eine ausreichende und überzeugende Menge von Fakten, Tatsachen und Beweisen vorgelegt und Gelegenheit gegeben werden muß, sie kritischer Prüfung zu unterziehen.

Für gänzlich unlogisch und irreführend halten wir rein theoretische Kettenschlüsse in der Richtung: Weil die albanische Partei eine falsche Linie zu Mao Tsetung und zu verschie-

denen anderen Fragen hat, muß sie entarten; weil die Partei entartet, wird das Land an die Imperialisten verkauft; weil das Land verkauft wird, muß die Regierung bekämpft und gestürzt werden, usw.. Kettenschlüsse dieses Musters sind nicht nur einfach falsch, sondern voller katastrophaler Konsequenzen. Indem sie ganz unzulässig vereinfachen, wird von vornherein die Möglichkeit einer Wendung zum Positiven ausgeschlossen, die Existenz positiver Faktoren und Kräfte einfach übersehen, der Unterschied zwischen Theorie und Praxis bzw. der verschiedenen Etappen der Umsetzung der Theorie und Praxis ignoriert und gleichzeitig einer Erziehung der eigenen Kader Vorschub geleistet, die nicht die unbedingte Notwendigkeit von B e w e i s e n anerkennt, zwischen reparablen und irreparablen Abweichungen nicht unterscheidet usw.

Unserer Meinung nach ist ein Kardinalfehler derartiger Vorgangsweisen, zwischen der Annahme und Propagierung einer falschen Linie in wichtigen Fragen einerseits und dem Charakter der betreffenden Partei andererseits eine starre, mechanische Beziehung herzustellen, die Annahme einer falschen Linie mit dem Verlust des marxistisch-leninistischen Charakters der betreffenden Partei mehr oder weniger gleichzusetzen. Natürlich besteht zwischen dem Charakter einer Partei und ihrer theoretischen und praktischen Linie ein sehr enger Zusammenhang und entspricht die Linie auf weite Sicht dem Charakter der betreffenden Partei. Doch diese Entsprechung ist nicht starr und mechanisch, sondern dialektisch, oft auch widerspruchsvoll, beweglich, so daß das Abgleiten zu einer falschen Linie in wesentlichen Fragen nicht automatisch und sofort den marxistisch-leninistischen Charakter einer Partei aufhebt und sie in eine konterrevolutionäre Partei verwandelt.

Vom Auftreten schwerer Fehler in Einzelfragen bis zur Verknüpfung dieser Fehler zu einer falschen Linie, und von der Annahme einer falschen Linie bis zum Verlust des marxistisch-leninistischen Charakters gibt es viele Zwischenphasen, Übergänge und Entwicklungen, die keineswegs unumkehrbar sind.

Gibt es in der Partei starke und gesunde marxistisch-leninistische Kräfte und haben sie noch echte Möglichkeiten des Wirkens und der Einflußnahme, so werden sie natürlich für die Beseitigung der Fehler und die Berichtigung der Linie kämpfen und erweist man ihnen einen sehr schlechten Dienst, wenn man die Erfolgsmöglichkeiten ihres Kampfes von vornherein leugnet. Betrachtet man die Entwicklung von der Annahme einer falschen Linie in wesentlichen Fragen zum Verlust des revolutionären, marxistisch-leninistischen Charakters einer Partei a priori als unvermeidlich und unumkehrbar oder setzt beides in der Praxis faktisch gleich, nimmt man sich auch alle Möglichkeiten, zugunsten einer Berichtigung der Linie durch solidarische Kritik einzugreifen und internationalistische Hilfe zu geben, ja stiftet schweren Schaden und trägt sogar ungewollt dazu bei, die negative Entwicklung zu verfestigen und den Kampf der gesunden, marxistisch-leninistischen Kräfte in der betreffenden Partei und in der ganzen Weltbewegung zu erschweren.

Natürlich kann man es auch zu weit treiben. Bezeichnet man eine bereits revisionistisch entartete bzw. konterrevolutionär gewordene Partei noch als "marxistisch-leninistisch", so schafft man gefährliche Illusionen. Ist die innerparteiliche Demokratie in einer Partei bereits durch Kasernenhofmethoden ersetzt, der demokratische Zentralismus durch bürokratischen Zentralismus abgelöst, die bewußte, freiwillige, auf Einsicht in die Notwendigkeit beruhende Disziplin von militärischer Gehorsamspflicht verdrängt worden und werden gegen aufbegehrende marxistisch-leninistische Kräfte im Massenumfang administrative, disziplinäre und Unterdrückungsmaßnahmen angewandt, herrscht in der Partei vielleicht schon der Geist faschistischen Terrors, der ehrliche Meinungsäußerungen unter Strafsanktionen stellt, sachliche Diskussion und ernsthafte Kritik unmöglich macht, so wäre es natürlich ein Verbrechen, die betreffende Partei nicht als restlos entartet, durch und durch revisionistisch, objektiv als konterrevolutionär einzuschätzen und dementsprechend zu bekämpfen.

Aber die Existenz s o l c h e r Verhältnisse muß man zuerst einmal klipp und klar b e w e i s e n und darf sie nicht leichtfertig behaupten und unterstellen oder bloß aus willkürlich und tendenziös ausgewählten Details ableiten, die möglicherweise wirklich ernstzunehmen sind, aber noch nicht das durchgehende bestimmende Merkmal sind.

Um das Gesagte an einem B e i s p i e l zu illustrieren: Nach dem XX.Parteitag der KPdSU dominierte in China offensichtlich eine revisionistische Linie, die auf dem 8.Parteitag der KP Chinas und danach in vielen Formen zum Ausdruck kam. Nach aussen nahm zumindest 7 Jahre, eher 10 Jahre lang, kein einziges wirklich marxistisch-leninistisches Dokument öffentlich gegen diesen Revisionismus Stellung. Zweifellos war das ein ernster Mangel, und wäre solidarische, offene Kritik der Marxisten-Leninisten der anderen Länder von hoher Wichtigkeit gewesen. Es wäre aber ganz falsch und äußerst schädlich gewesen, wenn diejenigen Marxisten-Leninisten, die die Fehler 1956 schon erkannten, nach einer kurzen Phase der Kritik einfach erklärt hätten: "China geht den selben Weg wie die Sowjetunion".

Wäre dies als solidarische Warnung, als Teil der umfassenden öffentlichen Kritik geschehen, wären wir damit einverstanden. Hätte es aber zur Abqualifizierung Chinas gedient, dann wäre dies ein großer Fehler gewesen, wie spätestens 1966 die Kulturrevolution bewiesen hat.

Lenin lehrte eindringlich: siebenmal messen und einmal abschneiden. Wir meinen, daß dieser Leitsatz gerade auch bei der Partei der Arbeit Albaniens angewandt werden muß.

UNSERE LESER FRAGEN
WIR ANTWORTEN

ZUR EINSCHÄTZUNG DER KPÖ DES JAHRES 1945

Anfrage und Kritik:

Von einigen unserer Leser haben wir Anfragen bzw. Kritiken erhalten, die sich auf die Beantwortung der letzten Diskussionsfrage bei der Veranstaltung der 4 Redaktionen zum 100.Geburtstag J.W.Stalins am 15.Dezember 1979 in Frankfurt/Main beziehen. Wie aus der DOKUMENTATION über diese Veranstaltung (72 Seiten, DIN A 4, S 21,-) hervorgeht, wurde vom letzten Diskussionsredner die Frage gestellt, ab wann man die KPÖ als revisionistisch einschätzen müsse. Der Vertreter der MLPÖ antwortete, daß man die KPÖ ab 1945 "nicht mehr als eine konsequent marxistisch-leninistische Partei" betrachten könne, da sie damals bereits ein Programm des "friedlichen Wegs zum Sozialismus" angenommen hatte.

Die Anfragen bzw. Kritiken gehen vor allem in die Richtung, daß hier ein sehr schwerwiegendes, in der "Roten Fahne" bzw. in anderen Publikationen der MLPÖ bisher nicht behandeltes Problem mit ein paar Worten und in einer sehr unbefriedigenden Weise abgefertigt wurde. Einige Genossen weisen auch auf den in der allzu knappen Antwort enthaltenen Widerspruch hin: einerseits heißt es,

die KPÖ sei 1945 "nicht mehr konsequent marxistisch-leninistisch" gewesen, schon im folgenden Satz wird sie jedoch direkt als "revisionistisch" charakterisiert.

Antwort:

Tatsächlich ist es nicht nur höchst unbefriedigend, sondern im Grunde unmöglich, ein Problem von solcher Komplexität und Tragweite in einer knappen Minute beantworten zu wollen, wie es bei der Veranstaltung geschah. Da die Frage jedoch gestellt wurde, als der Saal bereits geräumt werden mußte, weil es fast 24 Uhr geworden war, blieb nur die Möglichkeit, sie entweder unbeantwortet zu lassen, oder noch im Aufstehen den Versuch zu machen, wenigstens ein wichtiges Faktum zu ihrer Beantwortung mitzuteilen. Leider muß man sagen, daß dieser Versuch mißlungen ist. In dieser unzulässig komprimierten Form ist die Antwort nicht nur unbefriedigend, sondern sogar unrichtig.

Zwar ist die Tatsache, daß die KPÖ nicht erst seit dem XX.Parteitag der KPdSU, sondern schon seit 1945 ein Programm des "friedlichen Wegs zum Sozialismus" - genauer: programmatische Dokumente dieses Inhalts - angenommen und ihrer Politik zugrundegelegt hatte, für die Beurteilung dieser Partei von größter Bedeutung, doch beweist diese Tatsache für sich allein genommen zunächst nur, daß die KPÖ bereits damals eine revisionistische Linie hatte.

Die Annahme und Befolgung einer solchen falschen Linie bedeutet jedoch noch nicht unbedingt, daß die betreffende Partei auch ihrem Wesen, ihrem Charakter nach bereits aufgehört hat, kommunistisch, d.h. marxistisch-leninistisch zu sein und zur Gänze revisionistisch entartet ist. Wie die Geschichte zeigt, besteht durchaus auch die Möglichkeit, daß eine kommunistische Partei eine Zeitlang zu einer falschen, revisionistischen Linie abgleitet, ohne deswegen schon ihren Charakter als kommunistische Partei überhaupt zu verlieren. Die Frage der Linie der Partei darf also mit der Frage ihres Charakters nicht gleichgesetzt und verwechselt werden.

Zwischen dem Wesen bzw. dem Charakter einer Partei einerseits und ihrer politischen Linie, wie sie sich u.a. auch in ihren programmatischen Dokumenten ausdrückt andererseits, besteht selbstverständlich ein sehr enger Zusammenhang. Doch so eng er auch ist, darf er doch nicht mechanisch aufgefaßt werden, sondern ist ein dialektischer Zusammenhang. Die politische Linie bzw. die für eine bestimmte Periode erstellten programmatischen Dokumente einer kommunistischen Partei sind keine mathematische Funktion ihres Charakters, kein bloßer Abklatsch ihres Wesens, kein Produkt, das sie dank ihres Charakters automatisch und selbstverständlich hervorbringt wie die Erbsenpflanze die Schoten oder das Pferd die Knödel. Die richtige politische Linie einer Partei ergibt sich vielmehr erst aus einem mühevollen Lern- und Erfahrungs-, Arbeits- und Kampfprozeß, in dem es natürlich auch Irrtümer und Fehler, mehr oder minder starke Einflüsse falscher Vorstellungen und dem Marxismus-Leninismus fremder Ideologien gibt, die unter Umständen sogar den Charakter eines ganzen Systems von Fehlern und Abweichungen annehmen und zu einer falschen Linie führen können.

Normalerweise bestätigt sich der marxistisch-leninistische Charakter einer Partei insbesondere darin, daß sie imstande ist, eine politische Linie und auch entsprechende programmatische Dokumente zu erarbeiten, die den Anforderungen der marxistisch-leninistischen Prinzipien genügen und sie im großen und ganzen richtig auf die gegebenen Verhältnisse anwenden. Der marxistisch-leninistische Charakter einer Partei kann sich unter Umständen jedoch auch darin beweisen, daß sie imstande ist, eine aus irgendwelchen (und jedenfalls äußerst genau zu untersuchenden) Gründen angenommene falsche Linie als solche zu erkennen und gemäß den Erfordernissen des Marxismus-Leninismus zu korrigieren !

Erst dann, wenn eine revisionistische Linie nicht rechtzeitig korrigiert wird, entweder weil es gegen sie zu wenig ernsthaften Widerstand gibt oder weil dieser sich angesichts eines hartnäckigen Festhaltens der Parteiführung an der falschen Linie nicht durchsetzen kann, wird die revisionistische Linie auch den Charakter, das Wesen der betreffenden Partei beeinflussen und verändern. Dieser Prozeß schreitet besonders dann sehr rasch voran, wenn die Kritik an der falschen Linie der Partei durch administrative Maßnahmen, durch Verletzung oder gar Aufhebung der innerparteilichen Demokratie und ihre Ersetzung durch bürokratischen Zentralismus erschwert und schließlich verunmöglicht wird.

Was die Bestimmung des Wesens der KPÖ von 1945 und unmittelbar danach betrifft, genügt es also nicht, die sich in einer Reihe programmatischer Dokumente darstellende revisionistische politische Linie nachzuweisen, sondern müssen viel umfangreichere Analysen vorgenommen werden, muß u.a. auch das damalige Verhältnis der KPÖ zur revolutionären Theorie und Praxis, zur leninistischen Methode, zur revolutionären Aufrichtigkeit gegenüber den Massen usw., muß insbesondere ihr Verhältnis zum demokratischen Zentralismus als Einheit von Zentralismus und innerparteilicher Demokratie, zu Kritik und Selbstkritik usw. untersucht werden. Einfacher gesagt, es muß untersucht werden, wie weit die für eine marxistisch-leninistische Partei lebensnotwendige Fähigkeit, Fehler zu korrigieren und eine falsche Linie durch eine richtige zu ersetzen noch vorhanden war. Eine solche gründliche Analyse ist in bezug auf die KPÖ von 1945 und der folgenden Jahre noch nicht geleistet worden. Ohne sie kann man aber keine genauen Aussagen über den Charakter der Partei und seine fortschreitende Veränderung machen.

Das bedeutet allerdings nicht, daß man überhaupt nichts sagen kann. Was wir wissen, ist unter anderem, daß die KPÖ 1945 eine unverkennbar revisionistische Linie beschloß. Das kann man an Hand einer ganzen Reihe offizieller Dokumente der KPÖ nachweisen. Diese 1945/1946 festgelegte Linie bzw. ihre Dokumente wurden zwar gegen Ende der Vierzigerjahre nicht mehr propagiert, sozusagen der "Vergessenheit" überantwortet, zum Teil und gelegentlich sogar durch ihnen widersprechende, zumindest den Worten nach revolutionäre Auffassungen ersetzt, doch niemals wurden die revisionistischen Dokumente von 1945/1946 einer Selbstkritik unterzogen, nie offiziell aufgehoben, nie korrigiert. Die Partei schleppte sie wie eine tödliche Krankheit weiter mit sich und als nach dem Tod Stalins der moderne Revisionismus auf dem XX.Parteitag offen hervortrat und die gesamte kommunistische Weltbewegung revisionistisch gleichzuschalten versuchte, konnte in Österreich die revisionistische Linie von 1945/1946 mühelos wiederbelebt werden und diente sie als hochwirksames Werkzeug, um die KPÖ ohne große Widerstände ins Kielwasser des Chruschtschow-Revisionismus zu bringen.

Durch die Praxis bewiesen ist weiters, daß 1963, als unsere "Rote Fahne" ihren Kampf gegen den modernen Revisionismus begann, keine Möglich-